

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

300 (29.12.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-88209](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-88209)

Oldenburgische Volkszeitung

769

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochblatt, Dämmer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3,45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3,87 Mark; zweimonatlich 2,30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2,58 Mark; einmonatlich 1,15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1,29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restamezeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochensblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Seidensamen (Freitags).

[Das Wochensblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Kriegszeit nicht beigelegt.]

Nr. 300.

Verleger: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5, Postfachamt: Hannover 7908.

Beitrag, Sonntag, 29. Dezember 1918.

Zweiggeschäftsstelle i. Oldenburg: W. Paretmann, Achterstraße 51, Fernspr. 1032.

85. Jahrgang

Das Zentrum als christliche Volkspartei.

Gottes Wille hat das deutsche Volk vor die gewaltige Aufgabe gestellt, aus den Trümmern des alten Deutschen Reiches sich ein neues Vaterland zu zimmern, und es ist die heiligste Pflicht eines jeden deutschen Mannes und einer jeden deutschen Frau, dazu beizutragen nach den Kräften, die jedem gegeben sind, damit ein jeder, der sich deutsch nennt, frei im freien Deutschland wohnen kann. Wir waren auf dem besten Wege zum Volksstaat, als durch radikale und bolschewistische Elemente unter Ausnutzung der größten Not des Vaterlandes die jauchende Ordnung Deutschlands zerfallen und die Entwicklung gemeinsam in die Bahn einer einseitigen Parteipolitik gedrängt wurde, an deren Ende die Parteidiktatur stehen wird, wenn nicht die Nationalversammlung uns Gesetzmäßigkeit und Ordnung zurückgibt.

Wir müssen aufbauen nach außen und innen. Recht, Gerechtigkeit und Freiheit, das sollen die Leitmotive der Revolution sein. Sind sie es geblieben? Wer die Vorgänge der kurzen Revolutionswochen betrachtet, der wird die Frage leider verneinend antworten müssen. Wir sind im Gegenteil in einen Zustand gekommen, der gefährdend für unser Volk ist, sowohl nach außen wie nach innen. Wir müssen heraus aus diesem Zustand, wenn wir nicht in Anarchie untergehen wollen. Wir müssen aus Trümmern heraus wieder aufbauen. Es ist ein Gebot vaterländischer Pflichterfüllung, ein sittliches Gebot.

Die Zentrumspartei hat als christliche Volkspartei die Konsequenzen aus der Lage gezogen, die einer großen ruhmollen Partei würdig sind. Sie steht mit beiden Füßen auf dem Boden der neuen Zeit. Die bekannnten Leitsätze, die Grundlagen unseres neuen Parteiprogramms sind eine erfreuliche Tat. Sie sind von einem praktischen Christentum erfüllt, denn wir alle, die wir uns Christen nennen, sind der Ueberzeugung, daß nur die Anwendung der Grundsätze beim Wiederaufbau Deutschlands imstande ist, den Volksstaat zu schaffen, in dem Freiheit und nicht Diktatur, Nächstenliebe und nicht Klassenkampf herrschen. Es ist ein Ruhm unseres Zentrums, daß es den christlichen Standpunkt der Wahrheit, der Freiheit und des Rechts zum Leitfaden seiner ganzen Politik gemacht hat. Das zeigen die bekannnten Leitsätze, die wir im nachfolgenden kurz erörtern wollen.

Was wollen und fordern wir in der Außenpolitik? Einen vaterländischen Friedensfrieden erleben wir, der dem Ziele der Völkerverständigung dient, denn nur ein solcher führt die Welt aus dem Chaos der Kriegsgewalt in ein erträgliches Dasein. Der Militarismus muß endgültig begraben sein. Die Machtpolitik, in Deutschland wie in den anderen Staaten der Welt, hat diese in ein vierjähriges Morde hineingetrieben. Aus den Trümmern des Krieges erwächst die Sehnsucht, das Recht an die Stelle der Macht zu setzen. Das Völkerrecht, das wir neu aufbauen wollen, muß zur Grundlage haben das ewige Recht. Die christlichen Grundgedanken müssen dabei maßgebend sein. Ein Völkerbund muß geschaffen werden, in dem es für alle gleiches Recht gibt, in dem Schiedsgerichte die Streitigkeiten schlichten, weitverbreitete Verträge in allen Staaten die Völker vom Druck befreien und vielmehr die Abschaffung der Wehrpflicht Kräfte freimacht für den Wiederaufbau und den Ausbau dessen, was der Krieg zerstört. Gleiches Recht für alle fordern wir, darum freie Bewegung für uns und unsere Kräfte in der Welt. Die Meeresstraßen müssen frei sein auch für unsere Schiffe, wir müssen Anteil haben an den Rohstoffen der Welt, und kein Absatzgebiet darf uns verschlossen sein, das

fähig ist, die Produkte unseres Fleißes aufzunehmen. Wir fordern auch unseren gerechten Anteil an den noch zu erschließenden Gebieten der Erde, wir fordern Kolonien. Das Zentrum bleibt sich in Anbetracht seiner sozialen Arbeit treu, wenn es fordert, daß nach dem Beispiel der deutschen Sozialgesetzgebung, die es mitgeschaffen hat, auch in den übrigen Ländern der Welt diese Maßnahmen für Arbeiter und Angestellte durchgeführt werden, um in der ganzen Welt möglichst gleichmäßige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Mit der Forderung der durch völkerrrechtliche Bürgerschaft gesicherten Unabhängigkeit des Heiligen Stuhls erfüllt das Zentrum eine Pflicht, das hat der Krieg mit zwingender Notwendigkeit erwiesen. Der Geist der christlichen Demokratie beherrscht die Forderungen des Zentrums in der Außenpolitik. Möge unter diesem Banner die Welt einer besseren Zukunft entgegengeführt werden.

Sozialdemokratie und Schule.

Wer hätte sich nicht verwundert an den Kopf gefassen, als er in den letzten Tagen die Erlasse unserer Jugend, Kultusministers Adolf Hoffmann las. Und doch, es ist weiter nichts als die konsequente Durchführung des Programms, das sich die Sozialdemokratie mit Rücksicht auf die Schule gesetzt hat. Es wird gut sein, daß wir uns die Ziele, wie sie in der sozialdemokratischen Literatur sich finden, an einigen Beispielen vergegenwärtigen.

Bezüglich des Religionsunterrichts gilt den Sozialdemokraten nur die eine Parole: „Fort mit aller Religion aus der Schule!“

Die Parteiprogramme fordern immer wieder: „Weltliche Erziehung aller Kinder durch den Staat mit Ausschluß der Kirche.“ (Kommunistisches Manifest, Gollhaer und Erntner Programm.)

Ähnlich die Parteileitung, z. B. 1004 in Köln, Protokoll 49/50: „Ich würde am liebsten sagen: heraus mit jeder Religion aus der Schule!“ (Dr. Erdmann); Protokoll 41: „Wir Sozialdemokraten müssen uns aber an die Spitze des Kampfes um die Schule mit der Forderung stellen: Fort mit der Religion aus der Schule!“ (Dr. Arons); Protokoll 59: „Für mich steht in erster Linie die Bekämpfung des Religionsunterrichts in der Schule“ (Zubeil); in Halle, Protokoll 75: „Die Schule muß gegen die Kirche, der Schulmeister gegen die Pfaffen mobil gemacht werden.“ (Lieschke).

Wir müssen und werden alles tun, um die Macht der Kirche, die alte und mächtige Feindin der Freiheit, zu brechen und die religiöse Befangenheit, das stärkste aller Hindernisse auf dem Wege des Fortschritts aus den Köpfen der Masse zu verschleudern. In diesem Sinne ist uns die Religion nicht Privatangelegenheit, wir sollten einen Satz nicht länger konstatieren, der zu missverständlichen Aufstellungen über unsere Stellung zu Religion und Kirche Anlaß geben kann. — Wir haben gar keinen Anlaß, ein Befehl daraus zu machen, daß die Sozialdemokratie der Kirche, ob katholisch oder evangelisch, feindlich gegenübersteht.“ (Sozialistische Monatschrift, Nr. 6, 1004.) Die Sozialdemokratie wird in jedem Bundesstaat die Forderung zu erheben haben, daß, wie in Frankreich und Holland, die Religion als Lehrfach keine Stätte in der öffentlichen Schule findet. Sie wird weiter, um der Bewegung in den Einzelstaaten zu Hilfe zu kommen und den immer härter auf vielen Tausenden von Eltern lauternden Zwangszwang zu beseitigen, für die Reichsverfassung die Bestimmung verlangen müssen, daß niemand zur Teilnahme an religiösen Unterricht gezwungen werden kann. — Es wird Pflicht der sozialdemokratischen Partei sein müssen, ihre Anhänger darauf aufmerksam zu machen, daß die Forderungen der Kirche, soweit sie das Verhältnis zu Staat und Schule betreffen, dem sozialdemokratischen Parteiprogramm schunstracks zuwiderlaufen. (Dr. Arons, Die preussische Volksschule und Sozialdemokratie, Berlin 1905.)

„Will man einen freien und starken Menschen, so gibt es nur ein Mittel, ihn von Gott zu lösen. Gott ist der einzig belastende Druck auf den Menschen, der ihn nicht atmen läßt. — Man befreie den Menschen von Gott, und er wird in junger Kraft erstehen. Nur von Gott befreit, kann der Mensch sich glücklich finden. Wer an

Gott glaubt, kann niemals wissen, was Menschenliebe ist. Jetzt erst, wo wir Gott verloren haben, wo wir hinausgeschoben sind in die eilige Einsamkeit, jetzt werden wir lieben lernen.“ (Hornes, Wege zum Leben.)

„Es ist mit dem Religionsunterricht, wie mit einem unbrauchbaren, schmerzenden Zahn. Er ist in seiner Erde und ruhmort fürchterlich. Zum Zerkleinern ist er schon längst nicht mehr zu verwenden. In seinen Höhlungen finden die Bakterien vorwühlende Herde. Seine entzündeten und angefaulten Wurzeln bringen die benachbarten gesunden Zähne in Gefahr. Vor allen Dingen leidet der ganze Mensch unter diesem Übel. Man hat keine Lust mehr zur Arbeit, zum Vergnügen, hat keine Überhaupt, und wenn der Schmerz besonders groß ist, möchte man vor Verzweiflung die Hände hinausschleudern.“

„Und wie befreit man sich von den furchtbaren Schmerzen? — Wenn schon, denn schon: hinaus mit dem unerträglichen Qualgeist, ehe er uns noch länger martert und seine Umgebung in Gefahr bringt! Nur diese entschiedenen Charaktere haben dauernd Ruhe vor dem Störenfried, und aus den überlebenden Qualen werden sie die Lehre ziehen, daß Sie es bei den anderen Jähnen nicht erst zu solcher Kritik kommen lassen dürfen. (Schulz, Die Schulreform der Sozialdemokratie, Dresden 1911, S. 106.)

Christlicher Mann, christliche Frau, merkt du, wohin die Reise geht, wenn die Sozialdemokratie über die Schule zu bestimmen hat? Was wird aus der Religion deines Kindes werden, wenn es in eine solche Schule muß, was wird aus seiner unsterblichen Seele werden, wenn es so ohne Religion erzogen wird? Darum sich deinem Kind ins Auge, bevor da zur Wahlurne gehst, dann wird dein Wahlsessel in die richtige Wagchale fallen!

Das neue Deutschland.

Die Krise in der Revolutionsregierung.

Lieschke hat die Gewalt?

WTB, Berlin, 27. Dez. Verschiedene Blätter u. a. die „Kreuzzeitung“, erhalten von angeblich vertrauenswürdigster Seite die Mitteilung, daß am Donnerstagabend die Regierung Ebert-Haase gestürzt worden sei, Lieschke habe die Gewalt übernommen.

Die Lage in Berlin hat sich auf das schärfste zugespitzt, doch ist tatsächlich die Regierung Ebert-Haase noch nicht gestürzt, wenn auch die nächsten Stunden die Entscheidung bringen können. Wird die Regierung gestürzt, so stehen wir vor ernstem Ereignissen, darüber ist man sich in Berliner ansässigen Kreisen klar. Die Lage wird dort als so unheilbar und gefährlich angesehen, wie nie seit dem 9. November. Wir stehen vor der Möglichkeit einer zweiten Revolution, deren Ausgang die Übernahme der Gewalt durch die Unabhängigen und die Spartakusleute sein würde. Die unglückliche Zusammenkunft des Kabinetts mußte zu derartigen Krisen führen, in denen wir jetzt stehen. Die Unabhängigen stehen den Spartakusleuten eben viel näher als den Mehrheitssozialisten. Die Widerzwingung der Spartakusgruppe ist wohl nicht mehr möglich, Schuld daran ist die schwächliche Haltung der Mehrheitssozialisten in der Regierung. Ihr Vortreten gegen die Matrosen zeugt von ihrer tatsächlichen Ohnmacht. Die Zustände in Berlin grenzen an offene Anarchie. So geht es keinesfalls weiter. Man schickt auf diese Weise förmlich die Revolution. Eine eventuelle Diktatur Lieschke's - Ebertour - Haase Krumpholtz - die beim Durchgang auf den „Vorwärts“ ausgerufen wurde, hilft dem deutschen Staat nicht zusammen. Eine solche Diktatur würde natürlich die Nationalversammlung auf ewige Zeit vertagen. Nicht nur diese, sondern alle Hoffnungen, die das deutsche Volk noch hat, tragen wir dann zu Grabe. Im Bolschewismus nach russischem Muster, im Kampf aller gegen alle, würden wir untergehen, denn die Entente gibt uns dann keinen Frieden, weil sie ein solches Regiment nicht anerkennt. Dann wird sich die Entente vielmehr befeuern lassen, Ordnung in Deutschland zu schaffen und was die Revolution an Freiheit gebracht hat, ist erledigt. Wenn wir nicht eine Regierung bekommen, die konsequent und energisch zu handeln fähig ist, so freiben wir dem Abgrunde zu!

Berlin, 28. Dez. (Dröb.) Die gemeinsame Sitzung des Rates der Volksbeauftragten und

des Zentralrats der USR Deutschlands, die heute vormittag abgehalten werden wird, wird sich nach dem 2. mit der formellen Frage beschäftigen, ob er das Aufsteigen der Truppen gegen die Matrosen durch die 3 Volkbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg zu billigen gedenkt. Falls der Zentralrat dieser Frage bejaht, wird ein Ausschreiben der Unabhängigen Sozialdemokratie aus dem Kabinett für wahrscheinlich gehalten. Daraus wäre nicht ohne weiteres der Schluss zu ziehen, daß sie auch auf die Regierungsgewalt verzichten wollten, es liege durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß sie verstanden werden, auf eigene Faust eine Regierung zu bilden.

Die „Post“, 30. Dez. Die Forderungen, die die Mehrheitsmitglieder der Regierung zu stellen beabsichtigen, werden bestehen in der Bildung einer zuverlässigen Militärmacht.

Die „Freie“, 30. Dez. Ebert, Scheidemann und Landsberg appellieren an die Arbeiter und Parteiangehörigen der Regierung, eine sichere Volksmacht zu schaffen. Bis dies geschieht, vergeht viel Zeit.

Das „3. T.“ fährt folgendes aus: Da der Zentralrat nur aus allen Sozialdemokraten zusammengesetzt ist, dürfte er bereit sein, den Wünschen Eberts, Scheidemanns und Landsbergs Rechnung zu tragen. Aus praktischen Gründen wird er aber, aller Wahrscheinlichkeit nach, versuchen, die Gegenstände im Kabinett, schon weil der Wahlkampf ein Vorkampfbetrieb ermuntert macht, zu überbrücken.

Berlin, 27. Dez. Die Deutsche Pol. Korr. meldet: Die Mehrheitssozialisten denken nicht daran, ihre Stellung im Kabinett anzugehen. Die hervorragenden Führer der Mehrheitssozialisten erklären, daß sie jedenfalls nur der Gewalt und keinesfalls freiwillig weichen würden.

WTB, Berlin, 27. Dez. Ueber den Verlauf der Auseinandersetzung zwischen den beiden sozialistischen Regierungsparteien waren im Laufe des Tages nur wenig positive zuverlässige Informationen zu erlangen. Die Abendblätter geben die aus sozialdemokratischer Quelle, angeblich unbedingt zuverlässige Meldung wieder, wonach der Regierungsausschuss mitgeteilt wurde, daß die Spartakusgruppe beschließen hat, sie sobald wie möglich zu stürzen und die neue Regierung Lieschke's, Ledebour's und Eichertour's zu proklamieren. Nach derselben Meldung rechnen dabei die Spartakusleute auf Unterstützung der gegen Ebert und Scheidemann erstrebenden Matrosen und größenteils auf den Arbeiterstand.

Radek, der russische Bolschewikensagittator, soll in Berlin eingetroffen sein.

Der Temps bezeichnet nach den Berliner Vorgängen die Regierung Ebert-Haase für nicht verhandlungsfähig.

Wie Arbeiterräte ihres „Amtes“ warten.

Allen Partein und geistlichen Akteuren der Bürgermeisterei Altrath-Neusath (Abeinland) ist folgendes Schreiben zugegangen:

Langenfeld, den 13. Dez. 1918.

An Herrn Pfarrer Herr ...

Mit Rücksicht auf das Vorkommnis von Sonntag, den 8. d. Mts., in Altrath, wo gelegentlich des Gottesdienstes Flugblätter verteilt wurden, in welchen zu einer politischen Versammlung an demselben Tage aufgefordert wurde und in dieser Versammlung politische Tendenzen erörtert wurden, machen wir Sie darauf aufmerksam, daß die Kirche ein Haus ist, in dem das Wort Gottes gelehrt werden soll und duden es nicht, daß in der Kirche politische Anlegenheiten erörtert werden. Im Falle des Verstoßes gegen diese Bekanntmachung haben Sie zu gewärtigen, daß Ihnen die Ausübung Ihrer Seelsorgerpflicht entzogen wird. Der Arbeiterrat: J. A. Bach, Collin.

Zu der Flugblattverteilung wird von einem der beteiligten Geistlichen bemerkt, daß diese außerhalb der Kirche — der Kirchplatz ist eine öffentliche Straße — verteilt worden sind. In der Kirche ist kein Wort über irgendwelche politische Anlegenheiten gesprochen, wie überhaupt in keiner Kirche der Bürgermeisterei Altrath-Neusath.

Der Leidensweg der Geistlichen.

Limburg, 20. Dez. Auf einer Versammlung, die der Katholische Frauenbund gegen die Trennung von Kirche und Staat einberufen hatte, führte Herr Bischof Kilian u. a. aus:

Sollte man es wagen, unsere Kinder in Schulen zu schicken, die von dem Geiste der Ungläubigen getragen sind, so werden wir auch vor dem passiven Widerstand nicht zurückweichen. Wir werden eher alles auf uns nehmen, als uns in dieser Frage beugen. Wie die katholischen Bischöfe und Geistlichen im Kulturkampf der 70er Jahre um ihrer Überzeugung willen in den Kerker gingen, so werden auch die jetzt lebenden Bischöfe und Geistlichen bereit sein, alles auf sich zu nehmen, damit den Kindern der Glaube erhalten bleibe, der sie tröstet auf dieses Lebens steilen Weg und tragt dessen sie fertig werden in der Ewigkeit.

Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?

Breslau, 20. Dez. Bekanntlich war vor kurzem an den Herrn Fürstbischof von Breslau von dem Breslauer Stadtverordneten Wöbe die Anfrage gerichtet worden, ob ein Katholik Sozialdemokrat sein könne. Darauf ist dem Anfragenden folgende Antwort zuteil geworden:

Breslau, den 15. Dez. 1918.

Auf die am 9. d. Mts. an den Hochwürdigsten Herrn Fürstbischof gerichtete Eingabe beziehe ich mich im Auftrage des Herrn Fürstbischofs zu erwidern, daß es nicht üblich ist, daß Bischöfe sich zu Rundreden über prinzipielle politische Fragen durch „Offene Briefe“ von Vorständen politischer Parteien bestimmen lassen. Was in besondere den Wünschen von Bischöfe mitzuteilen ist, pflegt auf anderem Wege zu geschehen. Einer Antwort auf den „Offenen Brief“ bedarf es auch kaum, da genügend bekannt ist, welche Stellung die katholische Kirche einnimmt einerseits zu berechtigten Forderungen des sozialen Lebens und andererseits zu den von den sozialistischen Parteien den heiligsten Interessen der Kirche und dem Glaubens eben des katholischen Christen drohenden ersten Gefahren. Der Fürstbischöfliche Generalvikar.

gez.: Bjaeschke.

Schwächigungsversuche Haenisch's.

Die „Germania“ schreibt: Wir haben vor kurzen einen Appell der kathol. Schwächigungsversuche des Münsterlandes veröffentlicht, die sich an die Soldaten wendet und bei ihnen Hilfe sucht gegen die den Genossenschaften drohenden Gefahren. Daraufhin hat Kultusminister Haenisch dem „Münsterischen Anzeiger“ ein Telegramm geschickt und uns eine Abschrift davon mit einem Begleitschreiben zugehen lassen. Die beiden Dokumente lauten:

Münster.

Mir ward Bericht über die dortige Versammlung der Kagareitschwärmer vorgelegt. Erregung ist gänzlich unbegründet. Die preußische Regierung denkt gar nicht an Maßnahmen gegen die katholischen Krankenschwestern. Bitte dringend um sofortige Veröffentlichung dieses Telegramms.

Haenisch, Kultusminister.

An die Redaktion der Germania.

Berlin, 20. Dez. 1918.

Sehr geehrte Herren. An das Münsterische Zentrumsblatt fandte ich lobendes das beiliegende Telegramm. Sie würden mich zu sehr erfreuen, wenn Sie auch in Ihrem Blatt dieses Telegramm sofort abdrucken wollten. Mir ist nicht, das es nicht in der Redaktion bekannt, daß das preußische Ministerium über welche Maßnahmen gegen die geistlichen Krankenschwestern plant, deren aufopfernde Tätigkeit für die Soldaten auch wir voll anerkennen.

Haenisch, Kultusminister.

Mit ergebenem Gruß. Es ist bemerkenswert, daß sich Herr Haenisch Kultusminister und nicht Kulturminister nennt, wie doch sonst die Bezeichnung sich heißt. Zur Sache ist nur zu bemerken, daß wir trotz jeder Schwächigungsversuche genau wissen, was wir von der jetzigen Regierung in religiöser Hinsicht zu erwarten haben, besonders nach der veröffentlichten Denkschrift.

Der Volksbeauftragte Haenisch ermächtigt die „Germania“ weiter, mitzuteilen, daß die in der Sonntagsnummer der „Germania“ veröffentlichte Denkschrift in dem maßgebenden Kreise des Kultusministeriums keine Billigung und auch überhaupt nur als Material für den Konferenz-Beratungen vorgelesen habe. Ferner bitte ich, im Anschluß an die Protokollanmeldung in Münster, mitzuteilen, daß die gleichen maßgebenden Kreise im Kultusministerium nicht daran denken, den hochverdienten katholischen Krankenschwestern irgendwelche Schwierigkeiten zu machen; es liegt kein Grund zur Zornregung vor.

Nach den bisherigen Feststellungen darf man wohl fragen, wer denn eigentlich im Kultusministerium maßgebend ist. Deshalb kann die Veröffentlichung des Herrn Haenisch, daß die veröffentlichte Denkschrift in den maßgebenden Kreise des Kultusministeriums keine Billigung finde, das fatal. Volk in keiner Weise beruhigen. Wie soll denn diese unordentliche zustande kommen, wenn anstelle der herrschenen Fakultäten im Kultusministerium ausgereifene Christenmänner als Berater herangezogen werden? Da kann es gewiß keine Sicherung gegen Überforderungen geben, d. h., wenn uns noch etwas überfallen dürfte, nachdem Herr Haenisch selbst den in einschneidenden Schulgebetsrat unterzeichnet hat. Dasselbe gilt auch von den Schwächigungsversuchen Haenischs gegenüber den Befürchtungen der Katholiken für ihre katholischen Schwestern. Es ist bemerkenswert, daß diese Erklärungen sich nur auf die Krankenschwestern und auf sie nur im einzelnen, nicht auf ihre Genossenschaften beziehen. Doch um Worte würden wir nicht streiten, wenn wir einmal statt ihrer Taten sehen würden. Eine solche wirklich beruhigende Handlung wäre z. B. die Aufhebung der berüchtigten Schülerliste. So lange diese nicht gelöst wird, das katholische Volk mit Recht

das Schlimmste befürchten müssen und sich in der durch die Gefahr gebotenen Abwehr durch nichts beirren lassen. Bei den Wahlen wird es sich zeigen, was es in religiöser Hinsicht von dem jetzigen Kultusministerium hat.

Die Entente und die deutsche Revolution.

Berlin, 24. Dez. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, wurde folgender Befehl seitens der engl. Militärallt an die deutsche Flotte erlassen: 1. Schiffe mit roter Flagge werden ohne Warnung versenkt; 2. Schiffe ohne Offiziere werden nach Kriegsgesetz behandelt; 3. wenn ein Mann bei bolschewistischer Propaganda ertappt wird, so wird die gesamte Besatzung des betr. Schiffes standrechtlich erschossen.

Der Bolschewismus in Bremen.

Ein Aufruf in der „Bremer Bürgerzeit.“ gibt bekannt, daß das bremische Proletariat, d. h. die Unabhängigen und Spartaisten (Kommunisten) bewaffnet werden. Das hat den Zweck, den immer frecher und rücksichtsloser auftretenden Gegenrevolutionären entgegenzutreten. Die „Br. Nachr.“ weisen mit Recht auf die furchtbare Verantwortung hin, die die Verantwortlichen dieser Bewaffnung haben; denn diese Bewaffnung eines Teils der Bevölkerung könne das Signal werden zum Bürgerkrieg und Brudermord.

Wer ein „Gegenrevolutionär“ im Sinne der Bremer Radikalen ist, geht aus einer Bekanntmachung des Soldatenrats, der ganz in das Lager der Radikalen geschwenkt ist, hervor. Der Aufruf des Soldatenrats beschuldigt die jetzige Regierung Ebert-Haase des Verrats und Betrugs. Einer deutschen demokratischen Republik wird der Krieg erklärt, die Nationalversammlung als jauler Zauber bezeichnet. Wörtlich heißt es weiter: „Wer nicht für die sozialistische Republik ist, ist Gegenrevolutionär. Jede Regierung, die nicht für die sozialistische Republik eintritt, ist eine Feindin der Revolution und muß beseitigt werden.“ Natürlich sollen die U. S. R. auf immer weiterbestehen. Am Schluß fordert der Aufruf den Sturz der Regierung, weil sie gegenrevolutionär sei und das Volk um die Früchte der Revolution betrügen wolle.

Wir sind in Bremen somit nicht weit mehr von der Anarchie entfernt. Man ist nicht ohne Befürchtungen, daß auch in Bremen Berliner Verhältnisse eintreten werden.

Auflösung der U. und S.-Käte — die strikte Tedingung der Entente.

Jülich, 23. Dez. Der „Secolo“ bringt folgende Ausföhren erregende Depesche aus Paris: Die Alliierten stehen geschlossen am dem Standpunkt, daß Deutschland aus dem Völkerverbund ausgeschlossen und blockiert bleibt, wenn die deutsche Regierung nicht endlich die amtlichen Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte in jeder Form aufhebt. Es darf in Deutschland weder Volksgesetz noch Zentralräte der Arbeiter- und Soldatenräte geben; denn sie enthalten die Gefahr des Bolschewismus. Die Regierung Deutschlands hat aus dem Schicksal des Kaisers nichts gelernt, denn die Willensmeinung der Alliierten ist Deutschland seit acht Wochen bekannt. Wenn aber Deutschland neben seiner Nationalversammlung seine Soldaten- und Arbeiterräte beibehält, so treibt es unabwehrbar dem Schicksal Rußlands zu.

Trennung von Kirche und Staat.

Hamburg, 26. Dez. Der U. und S.-Rat schreitet auf dem Wege der härteren Durchführung der Trennung von Kirche und Staat konsequent weiter, trotz dem sein erster Erlaß betr. die Aufhebung des Religionsunterrichts in den staatlichen Schulen vom 1. Januar 1919 ab in den weitesten, auch Arbeiterkreise lebhaft unzufriedenheit hervorgerufen hat. Das äußerste sich namentlich in der letzten Sitzung unserer Bürgerchaft, in der ein sozialdemokratischer Vertreter diesen Erlaß als „überreizt“ bezeichnet hat. Jetzt sind zwei neue Anordnungen nach dieser Richtung ergangen. Einmal hat der U. und S.-Rat das Gesetz aufgehoben, durch das die Eintreibung der Kirchensteuer zugleich mit der staatlichen Einkommensteuer angeordnet worden ist. Die Veranlagung und Eintreibung der Kirchensteuer wird vielmehr allein der Kirche überlassen. Da dieses Gesetz erst im Jahre 1914 erlassen worden ist und bis dahin die Kirche ihre Steuer selbst veranlagte und eintrieb, das Gesetz auch nur im Interesse einer Kostenersparung erlassen worden ist, so handelt es sich hier nicht um eine grundsätzliche Frage für die Kirche. Dann aber ist das Gesetz über den Austritt aus der Kirche von 1888 aufgehoben worden, das den Austritt an erscheinende Voraussetzungen knüpft. Namentlich soll der Austritt aus der Kirche durch einfache Erklärung gegenüber dem Standesbeamten erfolgen.

Die bayerischen Bischöfe über Trennung von Staat und Kirche.

TU. München, 27. Dez. Das erzbischöfliche Amtsblatt veröffentlicht einen Weihnachts-

hirtenbrief der Erzbischofe und Bischöfe Bayerns, in dem es u. a. heißt, ein neuer Geist solle in die Schulen einziehen, aber konfessionslos laufe immer auf religionslos hinaus. Die Ausgestaltung der Religion wird in dem Erlaß als eine blasphemische Freveltät hingestellt. Das Verhältnis des Staates zur Kirche werde einen Prüfstein bilden. Sollte die Kirche aber wirklich vom Staate getrennt werden, so müsse der Kirche die volle Freiheit gewährleistet werden, daß sie vollen Schutz ihres Eigentumsrechtes genieße. Schließlich wendet sich der Hirtenbrief gegen die Priesterhege, die in der letzten Zeit wahrzunehmen sei.

Klerus und Politik.

In Wahlerfassungen und auch im Tiroler Nationalrat wurde der Antrag eingebracht, dem Klerus die Bspredung von parteipolitischen Angelegenheiten zu verbieten. Der Geistliche gehört in die Kirche, so und ähnlich wird es wohl bald wieder durch die Lande hallen. Eine grundsätzliche Behandlung der Sache dürfte daher nur von Nutzen sein.

Wir Katholiken — und wohl auch die Protestanten — würden es gewiß aus ganzem Herzen begrüßen, wenn ihre Geistlichen nur dem apostolischen Amte als Glaubenshirten in Kirche und Seelsorge wirken könnten. Es gäbe gewiß nichts Idealeres. In der Praxis ist die Sache aber doch wesentlich anders, und das liegt darin, daß eben Religion und Politik nicht zu trennen sind. Betrachten wir doch die Dinge näher und vorurteilsfrei:

Das Bestreben der gegenwärtigen Mächte geht darauf hinaus, den Staat zu verweltlichen in dem Sinne, daß die Kirche aus dem öffentlichen und sozialen Leben ausgeschlossen werden soll, daß die christliche Welt- und Lebensauffassung in Familie, Gemeinde und Staat zerstört und daß anstelle der jahrtausende alten christlichen Kultur die moderne Kultur ohne Gott treten soll.

Nun haben aber doch die Kirche und ihre Diener sich darum zu kümmern, daß die Gewissen der Katholiken in ihrem öffentlichen Leben nicht irre geleitet, die Lehren der Kirche nicht entstellt, die Grundpfeiler der sittlichen Ordnung nicht untergraben, die Rechte des Volkes und der niederen und arbeitenden Klassen nicht zertreten, die unbilligen Grundzüge der Gewaltpolitik vereitelt werden usw. Der Klerus hat die Pflicht, in diesem Sinne tätig zu sein. Wo wären wir hingekommen, wenn zu Zeiten des preußischen Kulturkampfes der Klerus nicht treue Wacht gehalten hätte? Das Verhältnis der Kirche zum Staate, zur Familie und zur Schule ist keine rein politische Angelegenheit. Es ist Pflicht des Klerus, in einem derartigen, uns aufgedrungenen Kampfe unter den Führern des Volkes zu stehen. In den verschiedenen gesellschaftlichen Körperchaften kommen religiöse, sittliche und kirchenpolitische Fragen zur Erörterung. Fragen, die tief in das Glaubens- und Sittenleben der Katholiken eingreifen können. Hat da der Geistliche als Seelenhirte nicht die Pflicht, Mahner, Warner und Führer zu sein?

Als Katholik, als Priester und Seelenhirte hat zweifellos der Priester ein Recht, Einspruch auf das öffentliche Leben zu nehmen, er hat es aber auch als Staatsbürger.

Soll der Priester zu einem Staatsbürger zweiter Klasse degradiert werden dadurch, daß man ihm und nur ausschließlich ihm, verbietet, von seinem Staatsbürgerrecht Gebrauch zu machen? Wo bleibt da die Gleichheit und die Freiheit? Das Recht des freien Bürgers, soll es der Geistlichkeit verwehrt werden?

Gewiß, der Klerus hat in erster Linie die Geschäfte des Himmels zu besorgen, aber er ist auch Hirte und er soll Führer zum Himmel sein. Solange eben die Herde, die zu weiden ist, auf Erden lebt und ihre Geschäfte sich auf Erden erfüllen, so laue hat der Klerus auch das Recht und die Pflicht, sich der Kirche, des Glaubens und der Sitte anzunehmen.

Wir reden keiner Polkifizierung der Geistlichkeit das Wort, sind vielmehr dafür, daß man das politische Handwerk im allgemeinen der Laienwelt überlassen soll, denn es steht sehr viel Ehernter auf der Politik, aber das Recht und die Pflicht, an der Politik Anteil zu nehmen, kann dem Klerus nie und nimmer verweigert werden. Wie weit die politische Betätigung des Klerus einreisen soll, das zu entscheiden, ist ausschließlich ihre Sache und Sache der Kirche und Gläubigen selbst.

Josef Kraß.

Christliche Wähler!

Am Wahltage haltet ihr eure Absicht an mit der unabhängigen und zugleich christlichen und sozialistischen Regierung!

Zum Waffenstillstand.

Wilson's Bspredungen mit Lloyd George, WB. London, 23. Dez. (Draht.) Wilson hatte gestern im Buckinghampalast eine zweistündige Unterredung mit Lloyd George und Balfour.

Verschiedene Nachr.

Eine politische Monatschrift des Zentrums.

Die seit 1910 als Kommunalorgan der Zentrumsparität erscheinenden Kommunalpolitischen Blätter werden vom nächsten (10.) Jahrgange an inhaltlich erweitert als Zeitschrift für kommunale und politische Bildung herausgegeben. (Kommunal-Schriften-Verlag, Köln; Schriftleitung: Dr. D. Biffen.) Die durch die politische Neugestaltung in Staat und Gemeinde in dermaßen Nähe notwendig gewordene Gemeinde- und staatsbürgerliche Erziehung soll in dieser Zeitschrift gepflegt und vor allem auch einer planmäßigen, grundsätzlichen Erörterung der einzelnen Punkte des neuen Zentrumsprogramms ein breiter Raum gewidmet werden. Als Organ der kommunalpolitischen Bereinigung wendet sich die Zeitschrift in erster Linie an Stadterordnete und Gemeindevorsteher, sowie an alle, die sich politisch, namentlich kommunalpolitisch im Sinne der Zentrumsparität betätigen. Von den letztergenannten Seiten brachte Art. 10 (Demokratie) einen sehr bedeutsamen Aufsatz von Dr. Karl Speyer, Köln; An der Schwelle einer neuen Zeit. Nr. 11/12 enthält außer einem auf die innere Umwälzung bezugnehmenden Aufruf an die Stadterordneten und Gemeindevorsteher die Landgemeinden folgende aktuelle Beiträge: Die Landgemeinden und die neue Zeit von Dr. Karl Müller; Die Selbstverwaltung und der Verband Rheinl.-Westfälischer Gemeinden vom Gemeindevorsteher C. Preuer; Gemeindeaufgaben für die Abgangswirtschaft vom Stadterordneten H. Maus, Köln; Die Gemeinden und ihre höheren Verhältnisse vom Stadterordneten Professor Dr. Sahle, Münster i. W.; Ferner eine Reihe interaktanter Berichte aus kommunalen Zentrumsaktionen. Stadterordnete, Gemeindevorsteher und andere, die sich auf kommunalem Gebiete führend als Parteivollständigungsmittel usw. betätigen, können der kommunalpolitischen Bereinigung beitreten und erhalten alsdann die Zeitschrift für den Jahresbeitrag von 6.— M. frei zugestellt, für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis vierteljährlich 1,75 M., jährlich 7.— M. Bei Teuerstellungen wird das letzte diesjährige Heft kostenlos geliefert. (Verlagsstelle: Köln, Arduingartenstraße 19.)

Erzberger über den Völkerverbund.

WB. Berlin, 27. Dez. Auf Einladung der Allteiler der Kaufmannschaft hielt Staatssekretär Erzberger heute einen Vortrag über den Völkerverbund, in welchem er ausführte: Die Notwendigkeit des Völkerverbundes ergibt sich aus dem Zusammenbruch des bisherigen internationalen Systems, das ausschließlich auf Gewalt und auf Rivalität der Nationen beruhte. Gegenseitiges Mißtrauen beherrschte die internationale Lage, und das ständige Prinzip war aus den Beziehungen der Völker ausgegert. Die unermeßlichen Folgen sind die Millionen von Toten, Millionen von Krüppeln, Millionen Waisen, Milliarden Werte sind zerstört, aber die Folgen des Weltkrieges greifen noch tiefer. Der Krieg ist die Geschehnisse nicht außen und hat ganz natürlich auch Geschehnisse im Innern zur Folge. Wir stehen jetzt vor dem Zusammenbruch der Weltanarchie. Ein neues System muß an ihre Stelle treten. Das System des Völkerverbundes ist die sich entsprechende Übertragung der inneren Staatsordnung auf die äußere Staatsordnung. Das bisherige System bedurfte ungeheurer Mittel, um gerettet zu sein, und vor 15 Jahren schon betrugen die Rüftungsausgaben der europäischen Völker 49 Prozent. Die Weltanarchie ist für Meer- und Marinewesen verschlageneumal soviel, wie der öffentliche Antritt und 25mal soviel wie die Rechtspflege. Welche Summen und der Seerriegesgebot hat, kann heute noch niemand sagen. Ding das alte System weiter, so mühten angesichts der technischen Vervollkommenung der Kriegsmaschine die einzelnen Völker Lasten tragen, die einfach nicht zu tragen sind, von den Menschen befreiten nicht zu reden.

Wideraufleben des oberhessischen Bergarbeiterstreikes.

WB. Kauten, 23. Dez. (Draht.) Der oberhessische Bergarbeiterstreik ist erneut im Aufleben. Bei der heutigen Frühlicht sah die Bergarbeiterschaft verschiedener Gruben vollständig.

Sonstige Nachrichten.

Amerikanische Lebensmittelfendungen für die Mittelmeer verlassen am 10. Januar Hoboken. Wilson hat sich die Verfügung über sie vorbehalten. Sendungen für Wien sind über die Schweiz bereits abgegangen, nach Überland in Vorbereitung.

Zum Zweck der Durchführung der Nationalversammlungswahlen im besetzten Gebiet sind für das Presse- und Berichterstattungsweesen bestimmte Erleichterungen gemährt worden. Auch die Einreise von Deutschen ist gegen Passierschein gestattet. Auf Esch-Bohringen sind diese Bestimmungen keine Anwendung.

Die Pläne für die Friedenskonferenz sind wieder geändert worden. Die Vorarbeiten sind schon am 6. Januar begonnen. Die Beratungen werden sich zunächst auf die vier Großmächte beschränken, erst bei Bspredung der Interessen der einzelnen kleineren Verbündeten werden auch diese hinzugezogen werden.

120 000 deutsche Kriegsgefangene sind in Frankreich auf die verschiedenen Kampfplätze zu Aufraumungs- und Bauarbeiten verteilt worden, für die man mit einer Dauer von zwei Jahren rechnet.

WTB. Amsterdam, 27. Dez. Nach dem „Allgemein Handelsblad“ melden die „Times“ aus Kapstadt, daß die in Deutsch-Südwest-

afrika anfassigen Deutschen eine Witschrift an Wilson richteten, in der sie unter Berufung auf das politische Selbstbestimmungsrecht fordern, das Deutsch-Südwestafrika eine Republik in federativem Zusammenhang mit Deutschland bleibt.

Renner, der Kanzler von Deutsch-Oesterreich, erklärte, daß die Deutsch-Oesterreicher auf keinen Fall sich einem ewigen Donau-Bündnis anschließen würden, da sie von Tschechen, Südslawen und Magyaren, die die Oberhand darin haben würden, gehaßt werden.

Der von den Engländern in der Ostsee in Besitzung genommene deutsche Dampfer „Mona Lisa“ ist in Kopenhagen wieder freigegeben worden.

Die Besprechungen des spanischen Ministerpräsidenten mit Clemenceau und Wilson haben sich auf die Gibraltar- und die marokkanische Frage bezogen.

Der internationale Sozialistenkongress wurde bis nach den deutschen Wahlen verschoben.

Das türkische Parlament wurde vom Sultan aufgelöst.

Die Matrosen sind dabei, das Berliner Schloß zu räumen.

Deutsches Reich.

Änderung der Bestimmungen betr. Rentenzuschläge.

Durch Verordnung sollen bis auf weiteres die Bestimmungen über die Gewährung von Rentenzuschlägen mit Wirkung vom 1. Jan. 1919 dahin erweitert bzw. geändert werden, daß allen auf Grund der Militärverordnungsgehalte zum Bezüge von Versorgungsgeheimnissen anerkannten ehemaligen Militärgenossen der Unterlassen gewährt werden:

bei einer Erwerbsunfähigkeit von 10 Proz. bis auschl. 33 1/2 Proz. ein Rentenzuschlag von 50 Proz. der Teiltrante eines Gemeinen, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 33 1/2 Proz. bis auschl. 50 Proz. ein Rentenzuschlag von 75 Proz. der Teiltrante eines Gemeinen, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50 Proz. bis auschl. 100 Proz. ein Rentenzuschlag von 100 Proz. der Teiltrante eines Gemeinen.

Soweit sich unter den vorgenannten Personen solche befinden, die nach anderen Gesetzen als dem Mannschaftsversorgungs-gesetz vom 31. 5. 1906 abgefunden sind, sollen die gänzlich Erwerbsunfähigen als 100 Proz., die größtenteils Erwerbsunfähigen als 66 2/3 Proz., und die teilweise Erwerbsunfähigen als 33 1/2 Proz. erwerbsunfähig gelten.

Es wird jedoch schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Auszahlung aller Rentenzuschläge aus technischen Gründen bei der großen Zahl der Versorgungsberechtigten leider nicht vor Ablauf einiger Monate wird bewirkt lassen.

Das Vermögen der „toten Hand“.

Bei der von der Sozialdemokratie geforderten Trennung von Staat und Kirche spielt auch das Gelde nach dem angeblich reichen Kirchengeldvermögen eine große Rolle. Bei der Säkularisation hatte der Staat der Kirche 2 1/2 Millionen Gulden (Papern allein 6 Millionen Gulden) jährlich Einnahmen gestiftet, also bedeutend mehr als der Staat für die Kirche aufwendet. Was der Staat an die Kirche bezahlt, ist nichts weiter als ein ungenutzter Ertrag dessen, was er ihr zahlt. Und zu diesem Ertrag hat sich der Staat dem Papste gegenüber rechtlich verpflichtet. Wenn der Staat diese Leistungen einstellt, wäre er rechtlich zur Zurückgabe des Berechtigten verpflichtet. Doch dann an den die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht, sie denkt an neuen Raub, in der Hoffnung dabei recht viel zu erkaufen. Diese Hoffnung ist trügerisch. Wir können den Sozialdemokraten verraten, daß sich die Kirche durchaus nicht in erfreuenswerter finanzieller Lage befindet. Die Klöster haben, wie die „Innsbrucker Postzeitung“ feststellt, ausnahmslos ziemlich hohe Hypothekenschulden und andere. Die fabelhaften Summen, von denen die Sozialisten träumen, werden sie bei uns noch weniger finden als in Frankreich, wo sie auf viele Milliarden hoffen, aber nur 335 Millionen (von den Klöstern nur 60 Millionen) bekamen. 10 Millionen wurden von den Kommissionen verurteilt (d. h. da kam es auf), wie viele werden aber sorgsam das 11. Gebot beobachtet haben!

Wir können, was die kirchlichen Opfer anlangt, genau Rede und Antwort geben auf die Frage: „Woher dies Geld?“ — während gar viele Millionen der alten und neuen Welt, Kriegs- und Revolutionskrieger sind glücklich an dieser Frage vorbeizudenken. Es sind die Kirchenrenten auf alle Fälle nicht gestohlen und nicht durch Wucher und Schleichhandel erworben.

Das Vermögen der Klöster stammt aus dem Privatvermögen der Ordensleute und den freiwil-

lignen Gaben der frommen Gläubigen und aus dem eigenen Erwerbe ihrer Hände Arbeit. Für Hofen hat der Superior der Warmbergischen Schwestern an Gemüht nachgewiesen, daß die von ihm mitgeführten Vermögen 318 000 Mark für die in ihren Anstalten untergebrachten Pflanzlinge verwendet haben. Für die eigenen Bedürfnisse beanspruchen sie sehr wenig; eine Statistik berechnet, daß für jede körperliche Person in Oesterreich im Jahre 292 Gulden entfallen. Was bedeutet das gegenüber den Tagelohnen eines Arbeiter- und Soldatenrates? Nachschil braucht jährlich fünf Millionen für seinen Haushalt und verwendet die übrigen Jinsen seines riesigen Vermögens sicher nicht restlos zu den Werken der Caritas, in Armenpflege oder zum Unterhalt von Schulen und Bildungsanstalten. Gerade mit Rücksicht auf die kulturellen Leistungen der Klöster (als Bildungsanstalten) hat einst nach der Säkularisation Maximilian I. zu seinem Minister Montgelas gesagt: Wir sind doch rechte Eitel gewesen. So hat Oesterreich 13 Jogen. Stiftsgymnasien unter klösterlicher Leitung, wie sie auch Deutschland vor der Säkularisation hatte, die nahezu gar keine Mittel vom Staate erhalten, was für Oesterreich eine jährliche Ertragsnis von 1 040 000 Kronen bedeutet. Wären etwa die Sozialistenbarone das Beispiel berer nach, die in der Klöster alles zu den Frühen der Apostel niederlegten?

Was bedeutet die Tatsache, daß 63 000 christl. Krankeinsammlern (28 000 evangelische und 35 000 katholische) täglich in Deutschland von einem Krankenbett zum andern eilen, in etwa 1000 Spitälern zirka eine halbe Million Kranke pflegen? Wie viel dienende Schwestern sind aus den emparzierten Weibern der Sozialistinnen schon hervorgegangen? Klosteraufhebungen, das Einziehen von kirchlichen Seminaren und Anstalten, wo die Kinder armer und einfacher Leute aufgezogen und herangebildet werden, treffen empfindlich nicht bloß die Kirche, sondern auch das Volk, jede Gemeinde und jeden einzelnen. Wie vielen ermöglichten die Stiftungen und Freipläze in diesen Seminaren das Studium, die sonst gar nicht aus Studieren denken könnten!

Zur Wahlbewegung in Oldenburg.

Zur Kandidatenfrage.

Die Entwicklung der letzten Jahresjahre führte immer mehr dazu, daß die alten Politiker mit den großen politischen Ideen durch Vertreter der einzelnen Berufsgruppen ersetzt wurden. Das war gewiß eine im allgemeinen Interesse zu bedauernde Erscheinung. Aber was früher nur unerwünscht und unerfreulich war, das könnte uns jetzt geradezu verhängnisvoll werden. Und schon wieder regen sich allenthalben die einzelnen Berufsstände, und vielfach die am Zahl kleinsten am allerlebens, um Vertreter aus ihren Reihen in die Nationalversammlung zu entsenden; jede Berufsgruppe möchte ihre eigenen Interessen im neuen Parlament vertreten wissen. „Dabei dergleichen man ganz“, so schreibt die „R.“ in einem sehr nachsichtsvollen Aufsatz von Dr. Joseph Jörg (Nr. 1007), „daß die Nationalversammlung diese Interessen nicht zu vertreten hat, denn ihre Aufgabe ist einzig und allein, dem Vaterlande eine neue Verfassung zu geben, Sozialistische oder bürgerliche Republik? — das ist letzten Endes die Frage, die dort zu entscheiden ist, und nicht die wirtschaftlichen Ziele und Bestrebungen der einzelnen Stände und Berufsstände... Die Ständefragen werden nicht in der Nationalversammlung entschieden. Diese hat dem deutschen Volk nur eine Verfassung zu geben. Ist dies geschehen, dann hat die Nationalversammlung ihre Aufgabe erfüllt und wird sich sofort wieder auflösen... Deshalb fort jetzt bei den Nationalwahlen mit den kleinen und kleinsten Forderungen der verschiedenen Berufsgruppen! Jede Unstimmigkeit, die innerhalb in bürgerlichen Kreisen sich geltend machen wird, muß unbedingt zum Vorteil der sozialistischen Gegner ausfallen. Jetzt handelt es sich nur um den Reichsban und nicht um die innere Einrichtung. Deshalb dürfen wir die besten Dammeier, nur volle Persönlichkeiten und Kapazitäten gewäht werden!“

Die Tagung des Reichstagswahlauflusses des Zentrumspartei.

die gestern in Oldenburg stattfand, war aus dem ganzen Lande zahlreich besucht. Nach der Berichterstattung über die erste Besprechung in Osnabrück mit den Zentrumsorganisationen aus den übrigen früheren Reichstagswahlkreisen unseres jetzigen Wahlbezirks wurde noch eine Ergänzungsausschuss folgender Herren in den Gesamtvorstand für die Verhandlungen in Osnabrück gewählt: Taphorn-Löhne (Vertreter Kaplan Siegemund-Löhne), Döbelmann (Oldenburg), Genter-Oldenburg, Emil Raschke (Dr. Köhnen), Wilhelmshaven-Rüstringen, Averdorn-Stukenborg (Krebed-Nüßlen), Wichmann-Löhe (Schraack-Schwarz), Döbelmann-Cluppenburg (Feigl-Cluppenburg). Der Kandidat wird nach den Wünschen aus den einzelnen Gemeinden Reichstagsgerichtsrat zur Lage gewünscht. Derselbe wurde als ganz hervorragende Kraft vor vielen Gemeinden einstimmig als Kandidat gewünscht. In einzelnen weiteren Gemeinden hatte sich unter der Arbeiterschaft eine Gerentung bemachtigt, die einsehend durch Weiterverbreitung von mitverfälschten, unverständlichen oder aufgebauften früheren Äußerungen, die der Kandidat als Reichstagsabgeordneter sein haben soll, hervorgerufen war. In andern Gemeinden war jedoch die Arbeiterschaft aus geschlossen für eine Kandidatur zur Lage eingetreten. Es wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Arbeiter so viel Parteizucht besitzen würden, daß sie einem außerordentlich geeigneten Kandidaten der Zentrumspartei, der von der überwältigenden Mehrheit der Partei erwählt wird, nicht deshalb ihre

Stimmen versagen würde, weil gegen ihn von der Sozialdemokratie das genannte Material verbreitet wird, um seine Kandidatur, die sie annehmbar finden, zu verhindern, zumal seine Arbeiterschaftlichkeit von keinem, der ihn näher kennen gelernt hat, bestritten werden könnte. Selbst wenn die vorgebrachten Äußerungen, die anderen Parteien würde unmaßgeblich hängen, wider wären, würde man darin, wie ein Arbeitervertreter aus Wilhelmshaven bemerkt, keinen Grund finden dürfen, ihn nicht zu wählen. So einen Mann, gegen den man aus seinem vergangenen Leben kein Wort entdecken könnte, was man nicht toll billige, gäbe es wohl nicht, es sei denn, er habe bisher immer falsch hinter. Offen gestehen. Darum brauche man auch das von der Sozialdemokratie noch weiter in Aussicht gestellte Material gegen Burlage nicht zu fürchten. Sie möge damit nur ruhig herantreten, man würde den sozialdemokratischen Abgeordneten dann die anerkennenden Worte vorhalten, die sie früher selbst über den Landtagsabgeordneten Burlage gefaßt hätten. Die Arbeiter hätten um so weniger Anlaß, gegen diesen befähigten Mann, der so allgemein als Kandidat für die Nationalversammlung gewünscht wurde, Front zu machen, als ihnen schon von vorher ein Arbeiterkandidat im neuen Wahlkreise zugestimmt worden sei. Neben diesen beiden Kandidaten würde dann noch ein Kandidat der Landwirte in Frage kommen, da der Wahlkreis zum größten Teil eine landwirtschaftliche Bevölkerung habe. Hierfür würde Dr. Gron-Mingebrock vorgezogen sein, falls die anderen Organisationen keinen Kandidaten nennen würden. Die Wahl wurden noch als Kandidaten genannt Feigl-Cluppenburg, Raschke-Rüstringen, Averdorn-Stukenborg, Krebed-Nüßlen und als Vertreterin der Frauen Frauen Stukenborg-Löhe. Zum Teil erklärten diese Herren jedoch, eine Wahl nicht annehmen zu können. Die Entscheidung in der Kandidatenfrage fällt erst am Montag in Osnabrück, wo der Gesamtvorstand aus dem ganzen Wahlkreise zusammentritt. In dieser Versammlung sollen die Vertreter Oldenburgs die Beschlüsse unseres Reichstagswahlauflusses vertreten.

Es wurde darauf hingewiesen, daß in den einzelnen Gemeindeorganisationen jetzt die Sammlungen des Parteimitgliedern zur Schaffung eines Wahlfonds stattfinden müssen. Der Parteibeitrag beträgt 50 Pf. Hiervon sind 25 Pf. an den Parteikassierer zu zahlen in der Parteiabteilung. Der Rest verbleibt dem Gemeindevorstand. Zur Vereinfachung der Geschäftsführung ist das Geld vom Gemeindevorstand nicht an den Kassierer des Landtagswahlkreises, sondern direkt nach Lohne abzuführen. Nach einmütigen Besprechungen, bei denen auch die Frage der Eisenverbindungs Sprache kam, wurde die Verammlung geschlossen.

Die Befähigung der ASR. im sozialistischen Sinne

wird von neuem dokumentiert durch eine Anzeige im „Ammerländer“, nach der in einer Verammlung in Westerhöfen, die vom A. S. R. Wilhelmshaven einberufen ist, u. a. das Erfurter Programm der Sozialdemokratie eingehend erläutert werden und ferner im Anschluß an die Verammlung ein Arbeiterrat und eine Ortsgruppe der sozialdemokratischen Partei gegründet werden sollen.

Rührigste Agitation

ist jetzt das Gebot der Stunde. In unsre eigene Hand ist das Schicksal unsrer Zukunft gelegt worden. In uns selbst liegt es also, wie es sich gestalten wird. Die Verhältnisse im parteipolitischen Leben Deutschlands drängen mehr und mehr zur Entscheidung. Immer stärker tritt in die Erscheinung, daß letzten Endes die Weltanschauung die Grundlage der Politik bestimmt, sei es auf kulturellem, sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet. Zentrum und Sozialdemokratie, das sind die großen Pole, um die sich das deutsche Leben der Zukunft drehen wird. Entscheiden wird sich, ob der Sieg dem Christentum oder der materialistischen Sozialdemokratie zufällt. Für oder gegen Christus, das ist die Parole, unter der geschrien werden wird. Die Verhältnisse werden sich dergehalt entwickeln, daß sich im Zentrum, der christlichen Volkspartei, alle jene zusammenschließen werden, die von christlichen Ideen ihr politisches und wirtschaftliches Leben bestimmend beeinflussen lassen. Alle Schranken müssen deshalb niedergelegt werden und sie sind niedergelegt, um mehr und mehr ein geschlossenes Aufstreben aller christlichen Elemente zu ermöglichen. In der Sozialdemokratie werden andererseits die linksliberalen Elemente aufsteigen, die jetzt nur noch einige Gegenstände wirtschaftlicher Art von der Sozialdemokratie trennen. In Weltanschauungsfragen unterteilt sich schon jetzt nicht selten erhebliches mehr von der Sozialdemokratie.

Wir sind nicht der Ansicht, daß sich die vorgenannte Entscheidung schon jetzt so vollziehen wird, in der nächsten Zukunft werden sie jedoch schon die Geister scheiden, bis denn der Zustand eingetreten ist, den wir zeichneten. Nur das Christentum kann und wird den Sozialismus überwinden. Die Christen werden die Erben der Sozialisten sein. Mit diesem zukunftsfernden Sach aus dem Anruf der kath. Studentenschaft wollen wir dem großen Entscheidungskampfe entgegengehen. Er wird schwer sein, er wird überall sein und alle unsere Kräfte wird er voll beanspruchen. Bereiterung muß in unseren Reihen sein, unerschütterlicher Glaube an den endgültigen Sieg trotz Mißerfolge, die eintreten können und werden. Durch Kampf zum Sieg. Endlich wird doch das Kreuz wieder aus den Stämmen der Zeit in allem Glanze aufsteigen werden auf den Trümmern unseres Reichs. Das ist unser Ziel und der Zweck unserer Arbeit. Aber nur uns muß ein Kämpfer sein für die heilige Sache.

Aus dem oldenburgischen Münsterlande

Bestia, 28. Dez. Esuffen, 27. Dez. Gekern fand hier in Surmanns Saal eine auf beludete Volksversammlung statt. Es galt, einen Baumann zu wählen und die Vorarbeiten zur Organisation für die kommenden Wahlen in die Wege zu leiten. Ein auswärtiger Redner war leider nicht zu bekommen, wurde aber für kommenden Sonntag in Aussicht gestellt. — Unsere Schule wurde in eine Kaserne verwanbelt. Der Unterricht wurde einstellig ausgehört, wird aber demnächst wohl in Surmanns Saale wieder beginnen. Lehrer Kalage, seit 14 Tagen nicht unbedenklich an Grippe erkrankt, befindet sich erfreulicher Weise wieder auf dem Wege der Besserung.

Neueste Nachrichten.

Zur Lage in Berlin.

TU. Berlin, 28. Dez. (Draht.) Der Zentralrat hat heute vormittag zunächst für sich allein über die politische Lage beraten. Die gemeinsame Besprechung mit den Volksbeauftragten zur Entscheidung der Krise sollte erst mittags stattfinden. Der Rat der Volksbeauftragten hatte heute vormittag eine Besprechung mit einer aus Breslau eingetroffenen Abordnung, die sich mit der Frage einer Republik Schlesiens befaßte.

Die „Freiinnige Zeitung“ stellt ihr Erscheinen ein.

MTB. Berlin, 28. Dez. (Draht.) Die Freiinnige Zeitung „Jouie die Wochenchrift Mitteleuropa stellen am 1. Januar ihr Erscheinen ein.

Zusammenstoß zwischen Deutschen und Polen in Posen.

MTB. Posen, 28. Dez. (Draht.) Ueber die Vorgänge in Posen gehen die Posener Neuesten Nachrichten folgende Schilderung: Am Mittag war das Grenadierregiment aus dem Felde eingetroffen. Nachdem am Vormittag eine Ovation polnischer Schulbinder vor Paderewski erfolgt war, wurde eine deutsche Gegenkundgebung angeregt. Gegen 4 Uhr nachmittags bewegte sich von der Grenadierkaserne aus der Zug, an dem Soldaten und Zivilbevölkerung teilnahmen, nach der Stadt. Unterwegs kam es bereits mehrfach zu Zwischenfällen, als die Soldaten einige Fahnen, vor allem französische und amerikanische, herunternahmen. In der Wilhelmstraße kam es zu den ersten Zusammenstoßen. Die Deutschen sangen „Deutschland, Deutschland über alles“, die Polen „Hoch lebe Polen“. Es entstand ein allgemeines Durcheinander und ein erschütterter Lärm, so daß Einzelheiten nicht festzufassen waren. Als der deutsche Zug vorüber war, sah man, wie mehrere Soldaten mit Gewehrkolben auf einander losstürzten. Gleich darauf fielen die ersten Schüsse. Die Truppen wurden alarmiert, die schnell herbeigekommen. Man kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu regelrechten Feuerkämpfen, zum Teil mit Maschinengewehren und Handgranaten. Es gab Tote und Verwundete, deren Zahl noch nicht festzustellen ist. Die Hauptplätze der Straßenkämpfe waren Wilhelmstraße, Wilhelmstraße, St. Markstraße und Schloßplatz. Von deutscher Seite wird erklärt, daß die deutschen Soldaten durch das Ausgehen der Fahnen feindlicher Mächte, gegen die sie 4 Jahre lang gekämpft hatten, aufs höchste erregt worden seien. Ein Bericht von außenpolitischer Seite war noch nicht zu erlangen.

Rücktritt des deutschen Gesandten in der Schweiz.

TU. Basel, 28. Dez. (Draht.) Der deutsche Gesandte in Bern hat demissioniert, der deutsche Generalkonsul in Basel ist abberufen worden.

Ein düfferes Zukunftsbild.

TU. Bern, 28. Dez. (Draht.) Nathenau führte einem englischen Zeitungsmann gegenüber folgendes aus: Deutschland ist für Generationen ruiniert. Das Unglück ist das größte, das seit 2000 Jahren je ein Land betroffen hat. Wir sind politisch, wirtschaftlich und industriell ruiniert. Das Volk kennt die ganze Wahrheit noch nicht. Ich warnte Lundenborn schon im Juli 1917, er müsse Paris, London und Neypork einnehmen, um den Krieg zu gewinnen. Er gab das zu, ohne die Folgen daraus zu ziehen. Die einzige Schuld des Volkes ist, daß es glaubte, was man ihm sagte. Ihm fehlte die politische Initiative. Jetzt stehen wir vor dem industriellen Ruin. Infolge der großen Gebiets- und Kriegsverluste wird eine Auswanderung großer Stills einleiten. Nathenau schloß: Der Krieg ist infolge des hochgradigen Imperialismus, des wirtschaftlichen Wettbewerbs unermesslich geblieben.

Ein englisches Demenst.

MTB. London, 28. Dez. (Draht.) Reuter schreibt, daß die aus Berlin kommende Meldung, monach die britische Militärallot der deutschen Flotte mitgeteilt haben soll, daß Schiffe unter toter Fahne ohne Warnung vorant. Schiffe ohne Offiziere nach den Kriegsgesetzen behandelt und, daß die gesamte Mannschaf eines Schiffes standrechtlich erschossen würde, wenn ein Mitglied derselben bei Verbreitung der bolschewistischen Ideen ertrappt werde, von Anfang bis zum Ende erfinden ist.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Bestia, Druck und Verlag: Bechtler, Druckerei und Verlag, G. u. H. H. (H. Sommerfeld, Berleger), Bestia

Am. Bechta, den 23. Dezember 1918.

Bekanntmachung.

Betrifft die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Nachdem die Wahl der Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 festgesetzt ist und die Listen der Wähler für die einzelnen Gemeinden des Amtsbezirks aufgestellt sind, gibt das Amt bekannt, daß diese Listen bei den zuständigen Gemeindevorständen

am Montag, dem 30. Dezember 1918 bis Montag, den 6. Januar 1919 beide Tage einschließlich zu jedermanns Einsicht ausliegen.

Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum 6. Januar 1919 einschließlich bei dem Gemeindevorstand schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben und muß die Beweismittel für seine Behauptungen, falls ihre Richtigkeit nicht offenkundig ist, beibringen. Die Entscheidung darüber erfolgt, wenn nicht der Einspruch sofort für begründet erachtet wird, durch die Wahlvorsteher zunächst vorgelegte Beschwerde und wird durch Vermittlung des Gemeindevorstandes der Beteiligten bekannt gemacht.

J. B. Ostendorf.

Amtsvorstand. Bechta, den 25. Dez. 1918.

Bekanntmachung.

Betrifft Ausdruck und Ablieferung von Getreide und Hülsenfrüchten.

Der Amtsvorstand weist hin auf die Verordnung des Landesdirektoriums vom 16. d. M. Nr. 297 der Didenburgischen Anzeigen vom 19. d. M., wonach sämtliches Getreide und alle Hülsenfrüchte bis spätestens zum 15. Januar 1919

ausgewaschen und die Heberhöhenmengen an den Kommissionen bezw. dessen Agenten abgeliefert werden müssen.

Die Bestimmungen des Amtsvorstandes, wonach die Berräte später ausgedroschen und abgeliefert sein müssen, werden damit aufgehoben.

Nach § 2 der Verordnung ist sofort nach Beendigung des Ausdrosches eine Druschanzeige über das Ergebnis des Ausdrosches herzugeben. Diese Druschanzeige ist dem Amtsvorstand einzureichen.

Rüdens.

Amtsvorstand. Bechta, den 27. Dez. 1918.

Bekanntmachung.

Die Stadtmagistrate und Gemeindevorstände werden darauf hingewiesen, daß die Brot- und Fleischkarten für die nächste Versorgungsperiode beim Amt Bechta abgeholt werden können.

Rüdens.

Amtsvorstand. Bechta, den 23. Dez. 1918.

Bekanntmachung.

Die Kleinbändler mit feilhaltigen Waschmitteln werden gemäß Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsministeriums vom 29. Nov. 1918 betr. etwaige Sonderabteilung von R. A. Seife angehalten, auf den Januarabschnitt der laufenden Seifenkarte einmal fast 50 Gramm 100 Gramm R. A. Seife abzugeben.

Rüdens.

Lohne.

Geflügel- und Kaninchen-Abnahme am Dienstag, dem 31. Dezember, von 11-3 Uhr bei Wirt Nordlohne-Skeet.

Veckta. Franz Suerdieck.

Pferde-Verkaufsanzeige

für 29., 30. und 31. Dezember, vormittags 9 Uhr am dem Pferdemarktplatz in Didenburg.

Es kommen an diesen Tagen je ca. 200 Truppenpferde

leichter und schwerer Schlages zu den bisher bekanntgegebenen Bedingungen zum Verkauf. Außer den ausgegebenen Pferdearten ist künftig noch ein von den zuständigen Amtsstellen ausgehender Ausweis über die Vermögens- sowie sonstigen Verhältnisse des Interessenten erforderlich.

Im Auftrage des Garnisonkommandos: Die Pferdeverkaufskommission.

Brauer. Thiele.

Immobilien-Verkauf.

Zwecks Versteigerung der dem Fräulein Auguste Müller in Bengersich, Kreis Rügen, gehörenden



Besitzung Hass Nummer 30 in Hörtien bei Vörden

findet letzter Versteigerungstermin statt am Dienstag, dem 7. Januar 1919, nachmittags 1 Uhr anfangend, in der Wohnung des Wärders Schütte in Hörtien. Neftantanten wollen sich dalebst ver sammeln.

Nähere Auskunft erteilt der Unterzeichnete. Riehe, am 20. Dezember 1918.

Otto Bradel, Preussischer Auktionator.

Gemeinde Ofternburg

Ausgabe von Hühnerfutter

in der Verkaufsstelle der Gemeinde, Kampstraße, Montag, den 30. d. Mts., vormittags von 8-12 Uhr für die Koten 1-12 und nachm. von 2-5 Uhr für die Bauerhöfen 1-6. Ausschreibung in der Kampstr. Gefäße und Kleingeld sind mitzubringen.

Aufgebot.

Der Pächter Fritz Kuhl in Hübde als Abwehlpächter des Friedrich Dienaren, als Bevollmächtigter der Eheleute Rudolf Dezer und Sophie geborene Dienaren, der Dorothee, des Heinrich, des Wilhelm Dienaren - die 5 Dienaren sind Geschwister und Kinder des verstorbenen Kömners Heinrich Dienaren aus Hübde bei Lemförde - Kuhl wieder vertreten durch den Rechtsanwalt Justizrat Winkelmann in Diepholz, hat das Aufgebot eines Hypothekengläubigers beantragt.

Es handelt sich um die Ausschließung des Gläubigers der auf dem Grundbesitz der genannten 5 Geschwister Dienaren, der Königsallee Nr. 29 in Hübde, Band I Blatt 25 des Grundbuchs von Hübde Abteilung III Nr. 1 eingetragenem Darlehenshypothek von 150 Taler Sount. Als Gläubiger ist eingetragen Johann Heinrich Euling in Odrup, Amt Damme. Die Hypothek ist mit 4/5 verzinlich seit 25. März 1883 und gründet sich auf die Obligation vom gleichen Tage, welche vorliegt.

Der Gläubiger wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 12. April 1919, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung mit seinem Rechte erfolgen wird.

Diepholz, den 19. Dezember 1918.

Das Amtsgericht, d. Rüster.

Ammonial-Stickstoffdünger!

Jeder Landwirt ist nach meinem neuen Verfahren imstande, sich aus eigenen Erzeugnissen des Betriebes mehrere Renner vorzüglichen Ammonial herzustellen. Der Dünger ist gut trennbar und eignet sich besonders zur Kopfdüngung von Roggen. Ausführliche gedruckte Anweisung für jedermann leicht verständlich à 50 M. franco Nachnahme. Das Verfahren ist bereits von zahlreichen Landwirten mit Erfolg angewandt und noch hiesig. Generalkommando 10. A. R. geprüft und unbedinglich freigegeben. Bei wirtchaftsloser Anwendung zahle ich den Betrag zurück.

V. Klevorn, Oterkappeln i. Hann.

Holz-Verkauf

in Wöftendöllen bei Visbel.

Am Donnerstag, dem 2. Jan. 1919, mittags 12 Uhr beginnend,

läßt Zeller Heinrich Witting zu Wöftendöllen bei Visbel

200 Nummern Fahren, leichte Ballen, Esparen und Latzen,

100 Nummern Brennholz u.

50 Nummern Birken für Holzschuhmacher

öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen

Verammlung bei Wirt Einwärts in Wöftendöllen.

Käufer ladet ein Bechta. B. Menke.

Anschließend an den Holzverkauf des Zellers H. Witting in Wöftendöllen am Donnerstag, dem 2. Januar 1919, wird

1 schwere 6jährige, rotbunte Kuh, in 3 Wochen kalbend, und

1 schwarzbunte, 3jährige Luene, in 3 Wochen kalbend,

öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkauft.

Käufer ladet ein Bechta. B. Menke.

Unter meiner Nachweisung wird

eine Landstelle oder

größeres Grundstück

zu kaufen gesucht. Der ganze Kaufpreis kann sofort ausbezahlt werden.

Auch können noch 80 000 M. gegen niedrigen Zinsfuß auf Hypothek belegt werden.

Cloppenburg. M. Reudint, Rechnungsführer.

Immobilien-Verkauf.

Im Auftrage der Erben des verstor. Bernard Heinrich Wöftendorf in Hübde werde ich am

Dienstag, dem 14. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr in Meyers Wirtschaft in Hübde den daselbst belegenen Pladen hinterm Westersch, unzahl., 1,59-Quadratmeter, öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Ein weiterer Aufschlag findet nicht statt. Käufer ladet ein

B. Diekmann, amtl. Aukt. Esen, den 26. Dezember 1918.

Einladung zur Aufklärungsverammlung in Batum.

Samstag, den 29. Dezember, findet in Meistermanns Gasthause in Batum eine

Versammlung

statt, für die Frauen nachm. 3 Uhr, für die Männer nachm. 5 Uhr, zu der alle Männer und Frauen über 20 Jahre und besonders auch die auswendigen Soldaten eingeladen werden.

Tagessordnung: 1. Vortrag des Herrn Sekretärs Sante über die politische Lage. 2. Besprechung der letzten Werbepostkarte.

Der Wahlausgang der Zentrumspartei.

Aus dem Felde zurückgekehrt, habe ich meine Praxis wieder aufgenommen und bitte ich, mich mit Aufträgen zu beglücken.

Bechta, 1918 Dezbr. 23.

Herm. Bröring,

amtl. Auktionator und Rechnungsführer.

Nachdem wir beide aus dem Heeresdienst entlassen sind, üben wir die Anwaltstätigkeit nunmehr in vollem Umfange wieder persönlich aus.

Rechtsanwälte Dr. jur. Meyer & Ehlermann, Oldenburg, Markt 6. Telefon 666.

Kaufe ständig Zerkel, Läuferchweine sowie Gänse, Enten, Hühner und Wild. Ferner sämtliche Felle u. Pferdehaare zu höchsten Preisen.

H. Ostendorf, Viehhändler, Söhne bei Dinklage.

Für Kaninchen und Geflügel

zahlt die höchsten Preise Franz Suerdieck.

Holzverkauf in Mintewede

Am Donnerstag, 2. Januar 1919, vormittags 10 Uhr anfangend,

läßt Zellerin Witwe D. Ording in Mintewede

200 Nummern Eichen, zu Bauholz und Küchpfählen,

160 Nummern Erlen und Birken, für Holzschuhmacher,

60 Nummern Buchen, zu Auf- und Brennholz,

6 Nummern dicke Eichen, zu Bauholz,

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Das Holz liegt unmittelbar an der Chaussee und ist leicht abzufahren.

Verammlung in Verkäufers Wohnung.

Käufer ladet freundschaftlich ein Schwichteler. F. Siemer.

Vecktaer Druckerei u. Verlag, G. m. b. H., Veckta

Dreizehn Sagen aus der Gemeinde Visbel

Von Alwin Klein.

Zweites Band der „Zehn Sagen aus der Gemeinde Visbel.“

Inhalt: Der Pfleger - Der Schatz - Wieseler Braut und Bräutigam - Jan von Döllen - Das Segengericht - Der rufende Kerl - Der greise Mann - Das zweite Gesicht - Die Rode - Der Wiedergänger - Der Totengräber - Die frommen ... Wien - De Wunderstein. ...

Preis 40 Pfg. ohne Post.

Trauerdrucksachen

liest schnellstens die Buchdruckerei der Oldenburg. Volksztg.

Wichtig für Parteivorstände, Agitatoren, Versammlungsleiter, Wahlvorsteher usw. Geben eingetroffen: **Das Wahlrecht für die Nationalversammlung.** Am amtlichen Auftrage herausgegeben und erläutert von Dr. Alfred Schulze, Geheimen Regierungsrat und vorragenden Rat im Reichsamt des Innern. Klar und sachlich dargestellt, ist es für jedermann ein unentbehrlicher Ratgeber für die bevorstehenden Wahlen. Preis 3,40 M. Vecktaer Druckerei u. Verlag, G. m. b. H., Bechta

Photographie! In jedem Sonntag und Mittwoch ist mein Geschäft in Bechta (Gr. Kirchstr. 10) geöffnet von morgens 10 bis nachmittags 6 Uhr. **D. Kaffens, Photograph, Bechta, Gr. Kirchstr. 10.** Aufnahmen nach auswärts und auf Bestellung an Wochentagen außer Mittwochs.

Kassenärztl. Verein Bechta. Aerzte müssen nach auswärts bei Nacht oder schlechter Witterung und fehlender Zuglegenheit abgeholt werden.

Todes-Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, unsern lieben Sohn und Bruder, den Sodalen **Ranonier Alwin Pöcking** im jugendlichen Alter von 19 Jahren auf dem Wege von der Front zur lieben Heimat zur besseren ewigen Heimat abzurufen. Er starb nach kurzer, heftiger Krankheit im Heil-Badort zu Sanau, versehen mit den hl. Sterbesakramenten. **Familie Zeller u. Pöcking.** Südlohne und vernicht, den 27. Dezember 1918. Die Beerdigung findet am Montag, dem 30. Dezember, vorm. 10 Uhr vom Krankenhaus zu Lohne aus statt.

Todes-Anzeige. Erhielten heute unerwartet die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, Schwager und Onkel, der **Musikler Franz Blaufort** nach kurzer, heftiger Krankheit und 4jähriger Gefangenschaft in Forperry (England) am 14. November gestorben ist. Mit der Bitte um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen gelte dieses diebetriekt an **Die trauernden Angehörigen.** Damme, Rottinghausen, Dlenbeck, Dieje, Dieje, Neuenkirchen, Rellinghof, Goldbor, Garrel, den 26. Dezember 1918. Das feierliche Seelenamt findet statt am Montag, dem 30. Dezember, morgens 8 Uhr in der Pfarrkirche in Damme.

2. Blatt der Oldenburgischen Volkszeitung.

Sonntag, 29. Dezember 1918.

Seht im Glauben.

(Mel.: Wir treten zum Leben.)

Die alten Gewalten, sie sinken in Trümmer;
Es wanken die Schranken; was morsch ist, zerbricht.
Verstimmendes Drängen will Sand und Fessel sprengen.
— Vereint soll mit dem Schlichten — das Rechte vergehn.
"Wir retten aus Ketten!" so hört du sie rufen.
Sie rufen, vernimm, was bimmlich und bebt.
Das Joch entdrehet, das Heilige geknechtet.
Das Glück von Millionen im Saße zerföhrt.
Wir schwören, zu wehren dem Sturm der Verderber.
Wir leben und streben für belliges Recht.
Gott, Kirche und Glauben soll keine Macht uns rauben!
Zum Kreuz stehen wir in Ewigkeit, standhaft und frei.

F. Morthorst-Oldenburg.

Eine Kundgebung des Kathol. Lehrerverbandes.

Nunmehr hat auch der geschäftsführende Ausschuss des katholischen Lehrerverbandes des deutschen Reiches zu den schwebenden Kulturfragen Stellung genommen. Er betont in einer Kundgebung vom 20. Dezember, daß jedes Kind Anspruch habe nicht auf körperliche und geistige, sondern auch auf die beste, derzeit mögliche religiös-sittliche Erziehung und Ausbildung. Befähigung und Charakter des Kindes verlangen Berücksichtigung, wodurch der einheitliche Auf nach der Begabungsschule wirksam ergänzt wird.

Weiter fordert der Verband: Die Grundlage des gesamten Schulwesens ist die konfessionelle Volksschule. Die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Erziehung und Unterrichts, sowie das Recht der Eltern, über Erziehung und Unterricht ihrer Kinder selbst zu bestimmen, müssen voll gewahrt bleiben, ihrer praktischen Anwendung ist jede Möglichkeit zu geben. Aus öffentlichen Mitteln sind konfessionelle Schulen in hinreichendem Maße zur Verfügung zu stellen und zu unterstützen. Das Recht der Kirche auf Erstellung und Leitung des Religionsunterrichtes ist sicherzustellen; ihr berechtigter Einfluß auf die sittlich-religiöse Erziehung des Kindes ist zu gewährleisten. Bei dem inneren Ausbau der Schule ist dem Religionsunterricht seine bedeutsame und zentrale Stellung zu belassen.

Die Schulpflicht beginnt frühestens mit dem 6. und endigt einschließlich der Fortbildungspflicht mit dem vollendeten 17. Lebensjahre. Die Volksschule ist die Grundlage für die weiterführenden Schulen. Die Volksschule sollte fast ausschließlich aus katholischen Schülern bestehen. Die Gemeinschaftserziehung der beiden Geschlechter wird abgelehnt. Weiter tritt der Verband ein für Übername der Schulpflicht an den Staat, Fachaufsicht, kollegiale Schulleitung, beratende Selbstverwaltungskörper im Schulwesen aus allen Erziehungsberufen des Volkes, einheitliche Ordnung der Befolgung des gesamten Lehrplanes, Neuordnung der Ruhegehälter und der Hinterbliebenenbezüge, einheitliches Lehrrecht, angemessene Vertretung des Standes in den Volksvertretungen, Einrichtung von Lehrertammern.

Weiter sind die Forderungen zur Hebung des Schulstandes: die wissenschaftliche Ausbildung infolge der höheren deutschen Schule, die Fachausbildung in der pädagogischen Hochschule, zu der die bisherigen Seminare unter Beibehaltung ihres konfessionellen Charakters umzugestalten sein. Bis zur endgültigen Regelung sei für die Weiterbildung der Lehrer die Zulassung zum Universitätsstudium dringendes Erfordernis.

Der Verband lehnt seine Kundgebung mit einem gleichzeitigen Protest gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ab. Er sagt: Wir haben durch unsere Forderungen auf dem Gebiete der Schule zugleich die Antwort auf die Maßnahmen des preussischen Ministeriums für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft und auf gleiche Geschehnisse in anderen Bundesstaaten gegeben. Was wir weitergehend fordern ist, erkennen wir an. Aber wir erheben scharfen Protest gegen Verordnungen, die dem christlichen Charakter der Schule und den christlichen Gedanken im Volke zerören, die Staat und Kirche, Kirche und Schule trennen wollen. Wir verurteilen es ohne Rückhalt, daß sie erfolgen von einer vorläufigen Regierung in einer Zeit, da die gesellschaftliche Bewegung des Volkes ausgeartet ist. Wie als Katholiken und Lehrer, so protestieren wir ferner dagegen als Bürger eines demokratischen Staates, weil die einschneidenden Verfügungen erlassen und weitreichende Pläne gefaßt sind, ohne daß die zuständigen Faktoren, insbesondere wir organisierten katholischen Lehrer, irgendeine Gelegenheit hatten, Stellung zu nehmen.

Soffentlich sieht Konrad Fämilch jetzt ein, daß es auf die Dauer nicht geht, den katholischen Lehrerverband auszulöschen. In seinem Selbstschuttsvertrage, in dem er die Wirkungen seines Entlasses über den Religionsunterricht abschwächen lüchelt, kennt er ja nur die Forderungen des deutschen Lehrerverbands. Das katholische Volk wird wie ein Mann hinter seinen Lehrern stehen und ihnen danken für ihre klare, zäufichere und treugläubige Haltung.

Staatspläne der Unabhängigen.

Es sind Bestrebungen im Gange, hier im Nordwesten Deutschlands ein Staatsgebilde zu schaffen,

das, das möglichst unabhängig von Berlin, ein Eigenleben unter Aufrechterhaltung der zurzeit in ihm herrschenden diktatorischen Gewalten führen soll. Man hat die Absicht und glaubt die Macht zu haben, sie durchzusetzen, und man wird gegebenenfalls keine Bedenken haben, Berlin vor eine vollkommene Fassade zu stellen. Das Ganze ist ein Plan der unabhängigen Sozialdemokraten, die aus verschiedenen Gründen Ursache zu haben glauben, eine von Berlin abweichende und unbeeinflusste Politik zu führen und erst eine Probe auf Erempel zu versuchen. Stellen wir an Hand der Ereignisse der letzten Tage kurz die Tatsachen zusammen.

Oldenburg-Ostfriesland wird gegen den Willen der Bewohner zu einer Republik verkoppelt und gegenüber allen Profeten aus Berlin als selbständiges Gebilde, wenn auch vorläufig nur dem Namen nach, aufrechterhalten. In dieser Republik beansprucht bzw. üb tatsächlich der auf unabhängigen sozialistischen Boden stehende Einwohnerrat Wilhelmshaven die politische Macht aus. Dieser Einwohnerrat hat sich, wie mitgeteilt, außerhalb gewisser Verfügungen von Berlin.

In Bremen, dem Hauptberd der Bewegung, tritt der Gegenlag zu Berlin noch stärker hervor. Hier wird durch die aufgerichtete Diktatur der Unabhängigen Berlin überaus ausgeheftet und die Einrichtung des Reichstages als dauernde verhandelt, was auch eine Nationalversammlung beschließen möge. Durch Bewaffnung der Parteigänger wird versucht werden, diesen Standpunkt zu behaupten. In Bremen tritt das Problem der Gewalt besonders in die Erscheinung. Die radikalen Beschlässe der politischen Gewalten in Hamburg lassen weiter keinen Zweifel, daß man in der Auswahl der Mittel ziemlich konform geht. Die Rätekonferenz Nordwestdeutschlands in Bremen am 24. November d. Js. sollte schon damals System in die Zusammenarbeit bringen, und diese Zusammenarbeit ist zäufisch.

Man fürchtet in den unabhängigen Kreisen, daß die Politik der "Volksbeauftragten" und die Beschlässe der zu wählenden Nationalversammlung die Verwirklichung der "echten" sozialistischen Republik nicht bringen werden. Man will die Kunst der Stunde beschleunigt ansetzen und verlangt die Überwindung des Ersten Programms schon jetzt, wenigstens den Weg dahin beschleunigen. (Wohl Wilhelmshaver und Bremer Beschlässe.) Die Sache liegt nun so, daß die Unabhängigen hier tatsächlich im Besitz der Macht sind, und wir zweifeln nicht daran, daß sie bei einem Aufbruch ihrer Verfügungen die Konsequenzen ihrer Beschlässe ziehen und eine dem übrigen Deutschland entgegengesetzte eigene Politik treiben werden.

Wir Münsterländer stehen diesen Plänen durchaus ablehnend gegenüber. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht und werden dieses Recht gebrauchen, falls man uns unter diktatorischer Gewalt zu zwingen versuchen wird. Als Unabhängiger einer Republik der Nordseegebiete haben wir, befeholdet? was Kirche und Schule betrifft, gar nichts zu erwarten. Wir werden doch nicht selbst dazu beitragen, unsere christliche Kultur in Stücke zu schlagen. Das was von Oldenburg würde für uns dann eine Gelegenheit sein, eine Rettung vor drohender Volkshemmung zu bewahren, was uns vor allem heillo ist und bleiben wird.

Betrachten wir das Echo unserer verschiedenen Ausführungen in dieser Sache, so können wir erfreulichweise feststellen, daß in Münsterland Einigkeit in diesem Punkte fast überall besteht. Auch im angrenzenden Ostpreußen und im Elsaß wird die von uns ausgesprochene Möglichkeit als evtl. Notwendigkeit gemüßigt. Natüergemäß hat die Erörterung in verschiedenen Kreisen Nordoldenburgs Befürzung hervorgerufen. Man möge keine Lehre daraus ziehen und dennoch handeln, wenn die Zeit kommen sollte, wo die Frage entschieden wird. Je nach der Voraussetzung wird unsere Entscheidung fallen müssen, so oder so.

Aus dem oldenburgischen Münsterlande

Wesha, 28. Dez.

— Die Weihnachtsfeier, die von der Stadt des hier weilenden Truppen des Regts. Nr. 65 gegeben wird, findet am Sonntag, dem 29. d. M., abends 7 Uhr beginnend im Schäferschen Saale statt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Feier ausschließlich für die Offiziere und Mannschaften des Regiments ist, die in einer Stärke von ca. 600 Personen vertreten sein werden. Eine Beteiligung der Bürgerchaft kann leider wegen Platzmangel nicht stattfinden. Für unsere Wechsler Krieger wird demnach, wenn fömiliche Angehörige sind, eine besondere Feier veranstaltet werden.

Der Gemeinbeauschuss der diesigen Zentrumspartei (christl. Volkspartei) hielt am zweiten Weihnachtstage nach seiner am 22. Dezember in öffentlicher Volksversammlung erfolgten Ergänzung seine erste Sitzung ab, der von den 80 Mitgliedern nur wenige fehlten. Nach Feststellung der promissio aufgestellten Wählerlisten auf die Mitglieder verteilt. Hieran fand eine Beipredung der Kandidatenliste statt. Von verschiedenen Mitgliedern wurde betont, daß für die Nationalversammlung es sich nicht darum handele, ob dieser oder jener Etand eine Vertretung erhalte, sondern darum, daß der fähigste Kopf gesucht werde, der an der Lösung der schwerwiegenden Frage der Neugestaltung der Reichsverfassung erfolgreich mitarbeiten könne. Die vor-

geschlagene Kandidatur des Reichsgerichtsrats Wurlage fand einstimmig Billigung. Als weitere Kandidat wurden mit Mehrheit Dr. Cronc und Schreier Gante genannt. Für die am Freitag in Oldenburg stattfindende Sitzung des Reichstagswahlauflusses wurde sechs weitere Mitglieder (darunter zwei Soldaten) abgeordnet. Auf die Bemerkung aus der Versammlung, daß der Diskussionsredner P. Vesch in der Versammlung am 22. Dezember sich mißverständlich ausgedrückt und dadurch die Jubler evangelischer Konfession verlegt habe, erweiterte dieser, daß ihm eine solche Verlegung durchaus ferngelegen habe. Nach seiner Ansicht habe das auch jeder Jubler aus seinen Ausführungen entnehmen können. Wenn jemand verlegt worden sei, so bewauere er das; er hätte aber gemüßigt, daß sich der Vertreter in der Versammlung gemeldet hätte, da sich dann sofort die Sache geklärt haben würde. Zum Schluß wurden noch verschiedene Punkte besprochen. A. wurde bemerkt, daß nach Auffüllung der Kandidatenliste wohl noch die Einbringung einer öffentlichen Versammlung nötig sei werde. Am nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet wieder eine Sitzung des Gemeinbeauschlusses statt.

Auf die Versammlung des Gemeinbeauschlusses der Zentrumspartei Wesha am Sonntag nachmittags 3 Uhr wird nochmals hingewiesen. — Ueberflug an katholischen Lehrern im Regierungsbezirk Ostpreußen. Wie aus einer, ansehenden von maßgebender Seite ausgehenden Veröffentlichung hervorgeht, werden zum 1. April 1919 etwa 80 katholische Lehrerinnen aus ihrem Amte entlassen werden, da freie Stellen nicht vorhanden seien. Die Notiz mahnt am Schluß, bei Verzicht der Mädchen diese Lage in Betracht zu ziehen.

— Pferdekehrungen finden statt für das fältliche Jagdgebiet zu Wesha am 31. Januar 1919, vorm. 10¼ Uhr; für das nördliche Jagdgebiet in Oldenburg am 6. 7. und eventl. auch am 8. Februar. Die Prämien werden in Wesha im Anschluß an die Krönung erteilt, ebenfalls in Oldenburg.

Wesha, 27. Dez. In der Nacht zum 18. d. Mts. sind dem Wolkereibesitzer Joh. Schüller in Brodbeck mittels Einsteigens etwa 300 bis 350 Mark bestehend durchweg aus Zwanzig-, Zehn-, Fünf-, Zwei- und Einmarkstücken, ein halbes Schwadron im Gewicht von 15 Pf., ein Viertel mit etwa 8-10 Pf. Weizenmehl und vier Doppelkuchen R. V.-Seife e gestohlen worden. Der Dieb mit dem Namen Joh. Kuppel, Brodbeck, verfehlt.

Wesha, 28. Dez. Gestern fand hier eine Versammlung der Soldaten statt. Pastor Hackmann setzte die Bedeutung der kommenden Wahlen klar auseinander. Mit stichtlichem Interesse folgten die Jubler. Die dem Vortrage folgende Ansprache trug dazu bei, Mißverständnisse und Unklarheiten zu beseitigen.

Wesha-Sarnre, 27. Dez. Die Weihnachtstage brachten den hier lebenden Soldaten infolge einer freundlichen Ueberachtung, als sie von den Gemeinwohnern eingelassen worden waren, die hohen Feiertage bei ihnen zu verleben. In einer von einem Teil der 2. Komp. Inf.-Regt. 65 (wegen Verlegung nach dem Hauptquartier Wesha) veranstalteten Abschiedsfeier brachten die Soldaten ihre Erkenntlichkeit in Wort und Lied zum Ausdruck. Ein Mitglied des S.-Rates kassete in bedehenden Worten den Dank seiner Kameraden ab. U. a. sagte er, daß von dem Dank, den die Heimat den Soldaten schulde und von dem isowel geredet würde, hier ein auf Teil übertragen worden sei. Die Gebefreudigkeit und die Herzlichkeit, mit der das Christkind die Soldaten mit langwehmigsten Leibesgenüssen beschenkt habe, sei von allen aufs freundschaftlichste empfunden worden. Die im Oldenburg Lande verlebten ersten Friedensweihnachten würden den im Kriege verlebten an Erinnerung nicht nachgeben. Ein herzliches "Vergelt's Gott" allen freundschaftlichen Spendern! 3. E.

Wesha, 28. Dez. 2 Personen in Soldatenkleidern haben mittags um 1 Uhr einen freuden Gebrauchsdiebstahl verübt, wobei sie jedoch erfaßt wurden. Nur durch die schleunigste Flucht konnten sie sich retten. Die eine Hälfte ihres Raubes haben sie auf der Flucht weggenommen; die andere Hälfte haben sie auf der Flucht mitgenommen. Die Diebe verschwanden in der Richtung auf Wesha.

Wesha, 28. Dez. Mit der Vermählung der Unterleutnantin Ellenstich ist zu Beginn des neuen Jahres der Lehrer Menke aus Wesha, bislang beim Militär, beauftragt worden.

Wesha, 28. Dez. Die Vertretung an der katholischen Volkshochschule in Wesha durch Frau Hildebrandt hört auf, da die Lehrerin Lisemer mit Beginn des neuen Jahres ihren Dienst wieder aufnimmt.

Wesha, 28. Dez. Einem Käufer kamen schon die Pferde abhandeln, ehe er sie überhaupt in Empfang nahm. Aber bezahlt hatte er sie.

Wesha, 27. Dez. In der Nacht zum 17. Dezember sind in Wesha zum Nachteil des Regts. Inf.-Regt. 65 mittels Elntrags aus der Scheune des Zimmermeisters Bernhard Karbrocks diebstahl ein Fraßschlach, 12 Jahre alt, Brandzeichen am linken Oberarm, und eine Schwanzwurfschule, 15 Jahre alt, mit heller Mähne, ferner aus den auf dem Marktplatz dorthin aufgestellten Wagen des neuen Regiments acht molene braune und schwarze Decken, ein brauner Offiziers-Wäfselack, enthaltend einen grauen Offiziers-Waffenschuh und Hofe, ein kleines dringliches Weßel, ein Mannschaffstornier mit Wäfsel und ein Paar lange Infanteriestiefel gestohlen worden.

Wesha, 28. Dez. Wiederum trafen hier 800 Soldaten ein, von denen der größte Teil mit ihren Pferden auf Caffrup und Lindern verteilt wurde. — Bei dem letzten Pferdewerkauf wurden Preise bis zu 1250 Mk. erzielt. Der billige "Panje" kostete 120 Mk. Es hatten sich Käufer aus dem ganzen Himmelig eingefunden, so daß die 150 Stück bald glatt vergriffen waren.

Wesha, 28. Dez. Am vorigen Sonntag fand auch hier eine gut besuchte Zentrumsversammlung statt. Herr Landtagsabgeordneter Feigle, welcher in Begleitung des Herrn Prälaten Wulf herübergekommen war, entwarf in markigen Worten ein Bild der augenblicklichen politischen Lage, zeigte uns, wie die Kirchenparteien an der Arbeit sind, um unserm christlichen Volke seine heiligsten Güter, Glauben und Religion, zu nehmen, und forderte zu einmütigem Zusammengehen auf besonders am Tage der Wahl zur Nationalversammlung auf dem Boden des altbewährten Zentrums, der christlichen Volkspartei. Anschließend wurde die örtliche Zentrumsorganisation durch Zuwahl neuer Mitglieder, darunter auch mehrere Frauen, erweitert. Mit Worten des Dankes für den Herrn Redner und der Anforderung zu fröhlicher Wahrhaftigkeit und allgemeiner Wahlteilnahme, die den Verfall aller Ansehens fanden, wurde die schon verlaufene Versammlung durch den Vorsitzenden, Herrn Pfarrer Johanning, geschlossen.

Wesha, 28. Dez. Vikar Siemer, der bislang die Unterklasse in Wesha verwaltete, scheidet mit Ende d. Js. wieder aus dem Schuldienst aus.

Wesha, 28. Dez. Mit der Vertretung des Hauptlehrers in Sollenermoor ist zum 1. Januar 1919 der Lehrer Bloch aus Wesha beauftragt worden. Lehrer Ellert, der die Schule in Sollenermoor mit unterrichtete, unterrichtet demnach nur noch in Hollen.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 28. Dez.

— Pflanzlich geschlossen wurde die Mühle des Müllers Johann Ribbenimanns in dem benachbarten Dfen, weil der Besitzer Getreidemengen ohne Maßkarte verarbeitet hat.

— Die wöchentliche Brotmenge ist hier in der Stadt von 2250 Gramm auf 2000 Gramm ermäßigt worden.

— Landtagsabg. Lanßen-Hering ist als Mitglied des Landes-Direktoriums der Landwirtschaftskammer zugeordnet worden.

— Der Viehverwertungsverband hat aus seinen Ueberflüssen bis zum 2. August 1918 u. a. ausgezahlt: 300 000 Mk. und zwar an den Amtsberand Büttfadingen 15 000 Mk., Seimendorf Markt 30 000, Wesha 60 000 Mk., Friesenort 30 000 Mk., Westerde 60 000 Mk., Wildeshausen 30 000 Mk., Groppenburg 45 000 Mk., Rüttingen 15 000 Mk., Oldenburg 15 000 Mk., außerdem sollen 160 000 Mk. und 40 000 Mk., also 200 000 Mk. nachweislich, für Rantingengeld 1100 Mk. für Schatzgut 1000 Mk. für Prämien zur Förderung der Fleischschaffpferung in den Wintermonaten 100 000 Mk. für Kulturzwecke 5000 Mk. für Errichtung einer Gefrierhausanlage in Rüttingen 150 000 Mk.

— Unserer Hier treffen heute hier wieder ein. Die Stadt rüfzt sich zum festlichen und freudigen Empfang. Beim Kaufbau wird der Herr Stadtschreiber die Begrüßungsansprache halten und auf dem Pferdemarktplatz wird ein Vertreter des Soldatenrates die beimkehrenden Truppen willkommen heißen.

Stadestädte und Zeverland.

Wesha, 24. Dez. Die ältteste Bewohnerin unserer Stadt, Frau Wwe. Ahrens, beging am Sonntag in geistiger und körperlicher Frische ihren 100. Geburtstag.

Wesha, 25. Dez. Die Wählerlisten liegen vom 30. Dezember bis zum 6. Januar zu jedermanns Einsicht im Geschäftszimmer jedes Gemeindevorstandes aus.

Wesha, 26. Dez. Amtshauptmann Mücke ist bis weiter dem Direktorium, Abteilung des Innern zur Hilfeleistung zugeordnet. Man darf annehmen, daß er, auf seinen Posten nicht zurückkehren wird, was wohl einem "Wunsch" des UBR. im Jeverland entsprechen wird.

Wesha, 26. Dez. Als Stadttheater werden die aufgelassenen Kriegswaffenfabriken beibehalten. Das Theater wird auf gewöhnlichlicher Grundlage errichtet und erhält von den beiden Industriestädten jährlich 10 000 Mk. Zuschuß.

Wesha, 26. Dez. (Drabth.) Der Hochverräter und ehemalige Deckoffizier Jonny Brandt und der wegen Ermordung einer Straßenbahnpassagierin verhaftete Matrose Rapp sind nach Verbüßung des Gefängnisstrafes aus dem hiesigen Marinearresthaus entlassen.

Wesha, 24. Dez. Wenn man schlafen geht, es war nicht gar groß, das Schweinechen, das die Frau Logemann kürzlich geschlachtet hatte, nur etwa 60 Pfund. Immerhin freute sie sich der Festlichkeit, weil denen sie nun den Winter über durchhalten wollte. Bei der vielen Arbeit aber hatte sie nach gar nicht das übliche Schweinechen über die Nachbarn geboten. Sie eilte hinüber. Als sie nach gutem Zeit zurückkehrte, mußte sie die schreckliche Wahrnehmung machen, daß die Diebe in das offene geladene Haus eingedrungen waren und das ganze Fleisch geschlachtet hatten.

und Fern.

Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich nach der Dramscher. Am 27. Dez. 1919. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich nach der Dramscher. Am 27. Dez. 1919. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich nach der Dramscher. Am 27. Dez. 1919.

Sehe, 27. Dez. Etwas 80 im tiefsten Gefangenlager untergebracht. Am Dienstag nachmittag nach Durchschneiden des Stachelchafes angebracht. Die Verlosung führte zu keinem Ergebnis. Der Grund der eigentümlichen Entfernung aus dem Lager dürfte in den noch bestehenden Schwierigkeiten des Abtransportes in ihre Heimat zu suchen sein.

Diebstahl, 23. Dez. Bei dem starken mitternächtlichen Fahrzeugverkehr der letzten Tage sind gefahren infolge der Unruhe der Kinder, auf und von den fahrenden Fuhrwerken zu springen, zwei Unglücksfälle vorgekommen. Ein bei Herrn Mehlhoff-Geh in Pflanz befandlicher achtjähriger Hamburger Junge zog sich durch Verfahrwerden einen Bruch des Unterbeines zu. Ein Hamburger Pflanzkind des Herrn Blome-Kohlfußens wurde ebenfalls überfahren und hat neben starken Wundschmerzen auch einen Beinbruch erlitten.

Waderborn, 20. Dez. Der hiesige A- und S-Rat hat der Stadterhaltung eine Aufstellung seiner Aufwendungen während der ersten 12 Tage der Revolution in Höhe von 7048 Mark genehmigt, worüber die Stadterordneten in ihrer letzten Sitzung berieten. Die Rechnung stellt sich aus Tagesgeldern für 32 Räte von 10-22 Mark, in Auslagen für Bekanntmachungen und Drucksachen u.w. zusammen. Weiter fiel ein Posten von 539 Mark auf als Kosten einer Exkursion nach

Berlin, die zwei Räte mit Meiern in zwei Flugzeugen unternahm. Dabei sind noch 81 Mark für Autobehaltung in Berlin besonders geführt. Das Kollegium stellte sich schließlich auf den Reichstandpunkt und lehnte die einstimmige Lebensnahme von Kosten ab. Was die Stadt zu zahlen habe, sei in der Städteordnung festgelegt. Die Stadt allein habe auch nur das Recht, Meier zu beiraten. Sie habe aber den A- und S-Rat weder gerufen noch eingeladen und lehne daher auch jede Zahlung von Aufwendungen ab. Sollen sich folgen recht die Städte diesem Vorgehen Paderborns.

Vermischtes.

Mit der Abschaffung der Orden befaßt sich eine Verfügung, die im preussischen Ministerium des Innern augenblicklich ausgearbeitet wird. Alle Orden und Titel sollen in Preußen abgeschafft werden, akademische Grade bleiben jedoch von der Bestimmung unberührt. Kriegsorden und andere Ehren und Ehrenzeichen, an die sich für den Inhaber Erinnerungen an bestimmte Abschnitte seines Lebens knüpfen, sollen weiter getragen werden dürfen. Auch bisherige Titel können weiterbenutzt werden. Neue Orden und Titel wird es aber nicht mehr geben.

Stimmen aus unserer Leserkreise.

(Eine Leserantwort über den Artikel)

W. e. h. t. a., 22. Dez.

Wer hat die Reinigung der Falkenrotter Straße zu bejagen?

Es lagert dort ein Schmutz, wie er wohl ärger in einem breiten Doornemeer nicht vorhanden sein wird. Wenn man hier in unsern ruhigen Straßen auch schon vieles gewöhnt ist, so sollte man doch meinen, daß in dieser arbeitslosen Zeit wenigstens jede Woche einmal die besagte Straße gründlich gereinigt wird.

Es ist doch wahrlich kein Vergnügen, sich als Steuerzahler den Straßenschmutz von Fuhrwerken u. s. w. um die Nase spritzen zu lassen. Weiter wird dann der Fußweg, der, wegen des allzu großen Schmutzes auf der Straße, in letzter Zeit als Reizweg benutzt wird, auch nicht besser; auch geht die Rücksichtslosigkeit der Fahrer, jenseit der Fußgänger wohl oder übel in den Straßengraben auszuweichen muß.

Es dürfte an der Zeit sein, daß die maßgebenden Stellen etwas mehr Reintätigkeitsfimmel zeigen und die Benutzung des Fußweges von Reitern und Radfahrern verboten wird.

It die rote Fahne schon deutsche Bundesfahne, daß man einen Wilhelmshafenentwurf mit 7 Monaten und 2 Wochen Gefängnis bestrafen konnte, weil er eine solche Fahne von der Kaserne herunterholte? Das Urteil hat aller-

sings nur ein fogen. Hofflandsgericht gefällt, bei dem man es ja nicht so genau nehmen kann, aber in diesem Falle hätten die Richter doch wissen müssen, daß wir noch längst nicht so weit sind, in jedem roten Lappen, wie er z. B. vor kurzem auch hier auf einem Judenbahu hing, die deutsche Bundesfahne sehen und vor ihr Kolau machen müssen.

Wann ergallen die aus dem Heeresdienst entlassenen Bürger, die nicht Selbstverfolger sind, endlich die ihnen zustehenden Karoffeln? Da zum freien Ankauf keine Scheine mehr ausgestellt werden, so ist es um so mehr Pflicht der Stadt, auch für diese Leute zu sorgen. Oder soll der Kriegsteilnehmer auch noch im Frieden benachteiligt werden? Um baldige Aufklärung wird gebeten.

Mehrere entlassene Krieger.

Literarisches.

Hoffmann und die Jugendberziehung, dargestellt nach seinen Reden. Von Oberlehrerin Helene Helmig. 24 Seiten, Preis 20 Pfg.

In einer Zeit, in der revolutionäre Geister mit aller Kraft bemüht sind, die Religion aus Schule und Erziehung zu verbannen, in einer Zeit, in der nur noch knafler Materialismus gelten soll, ist es eine unabweisbare Pflicht, sich darüber klar zu werden, was der Sozialismus in sich für die Erziehung gegen die höchsten Güter der Menschheit. Diesem Zwecke will das Schriftchen dienen. In ruhiger Form, ausschließlich auf Tatsachenberichten gestützt, stellt er uns einen der Hauptrepräsentanten des Sozialismus vor, der, bekannt geworden unter dem Titel „Jehohanne“ Hoffmann“, in den letzten Jahren als Fraktionführer seiner Partei zum preuss. Kultusrat ernannt wurde. Er liefert das Schriftchen eine Sammlung von maßgeblichen Äußerungen des Sozialismus zum Schul- und Erziehungswesen. Seine Bedeutung gerade für unsere Zeit liegt auf der Hand, aber nicht weniger wertvoll wird die Schrift sein für die kommenden Jahre, die der Sozialismus mit allen Mitteln für seine Verbreitung anstreben wird, derselbe Sozialismus, der offen herausgesagt hat, daß er die Herrschaft über die Schule müsse, um seine Macht zu begründen.

Hoffmann zeigt uns, daß der Sozialismus nur „fürs Leben“, d. h. für die Diesseits-Kultur, erziehen will, daß er „Wissen“ und „Menschenrechte“ lehren will, ausschalten jedoch alle Religion, ausschalten die Menschenliebe mit ihren Bedürfnissen, Rechten und Pflichten. Hoffmann predigt „Nachbarliebe“, die aber ohne Religion gar nicht denkbar ist, ohne sie den Kampf aller gegen alle nicht verhindern kann. Unter Leugnung des Zusammenhanges von Religion und Moral verläßt der Sozialismus die religiösa Grundlage. Sozialismus ist, verweigert aber den Eltern Recht seiner geistlichen „Freiheit“ das Recht zur Errichtung von

Preisaffären, verweigert auch der Kirche jeden Einfluß auf die Schule. Verfassungen zeigt, was zu halten ist von den klingenden Schlagworten wie „Freie Bahn den Fächigen“ und „Freiheit“, die ohne Führung und Gehorsam und Ehrfurcht zur Anarchie führt und zum schlimmsten Gemüßswang.

Auch wenn Adolf Hoffmann längst verabschieden ist von der Stelle, von der aus er jetzt mit echt sozialistischer Freiheit die große Mehrheit des deutschen Volkes mißhandelt: seine Meinungen bleiben; denn sie sind der Geist des Sozialismus.

Die Wahl zur Nationalversammlung. Wen wählt man? Wie wählt man? Praktische Winke für Deutschlands Männer und Frauen. Von Aug. Sommerfeld, Dr. der Staatswissenschaften. Herausgegeben vom Generalsekretariat der deutschen Zentrumspartei. Druck der Germania A.-G., Berlin C. 2, Stralower Straße 25. Umfang 72 Seiten. Preis 50 Pfg. Partikelpreise: 10 Exp. 4.50 M., 50 Exp. 20 M., 100 Exp. 35 M., 1000 Exp. 250 M. Diese Schrift bringt, um es mit einem Worte zu sagen, das, was jeder Wähler und jede Wählerin in diesen Tagen beachten: Aufklärung über ihre Rechte und Pflichten bei der kommenden Wahl. Wahl. Nicht kalte Paragraphen werden hier gegeben, sondern in gemeinverständlich Sprache wird der Leser mit allem vertraut gemacht, was er wissen muß. Die gesetzlichen Bestimmungen sind von einer großen Reihe von praktischen Winke begleitet, wie sie lange Wählerarbeiten geübt hat. Alle Fragen, die dem einzelnen Wähler beschäftigen, wie den Parteistellungen im Laufe der kommenden Wochen über das Wahlsystem aufzuklären werden, finden in dieser Schrift ebenfalls präzise wie bündige und erschöpfende Antwort. Ein sehr ausführliches Sachregister erleichtert die Auffindung jeder Auskunft, die man zu haben wünscht. Wir können der Schrift nur wärmste Verbreitung wünschen. Die Verleger der Nationalversammlung am 19. Januar hat mit ihren Folgen für die rechtlichen Fragen in der Schrift die Berücksichtigung finden können.

Wetter-Aussichten.

Unberechtigter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. 29. Dezember: Bedeckt, rauh, windig. 30. Dezember: Wenig verändert. 31. Dezember: Wolkig, kälter, sehr windig, teils Niederschlag.

- 1. Januar 1919: Bedeckt, feuchthalt, Niederschläge. 2. Januar: Trübe, Nebel, Niederschläge, nachkalt. 3. Januar: Bedeckt, vielfach Niederschlag, windig, milde. 4. Januar: Bedeckt, stichweils Niederschläge, milde.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Wehla. Druck und Verlag: Wehlaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Wehla.

Am Montag, Donnerstag, Samstag jeder Woche wird

Brotgetreide gemahlen. Ohne Mahlarbeit und Anhängelget wird kein Getreide angenommen. Vom 1. Jan. 1919 an werden auch Granen gemacht, Mahlarbeit u. Anhängelget wie oben. Am Mittwoch wird kein Holz angenommen.

Franz Schmitt, Damme, Dampfmaschine u. Sägewerk. Habe einen jährigen Zughöhen (stommt und zuverlässig) zu verkaufen, auch als Einträger zu gebrauchen. Ansuchen erbitte Franz Meyer, Damme.

Nehme jeden Mittwoch Kaninchen und Geflügel ab. Zahle hohe Preise. Thoben, Bahnhof Wehrup.

Auszuleihen sofort u. später Geld bis zu 45000 Mark auch in kleineren Beträgen, wenn notwendig auch auf längere Jahre, gegen 3 1/2% gegen sichere Hypothek. Offerten unter Nr. 81 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Küchenschrank, fast neu, wegen Platzmangel zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Samen! Stiefelrüben, alle Sorten, per Pfund 6,20 Mark, Mörgen oder Wurzel, gelbe sumfse Manschwanz, gelbe sumfse Rhein. Rüben, per Pfd. 24.- M., Antelrüben, versch. Sorten, p. Pfd. 3.- M., Verland gegen Nachnahme.

Seinr. Gewiehs, Rotenburg i. Hamm., Fernspr. 36. Habe einen zuverlässigen jährigen Zughöhen, ein- und zweispännig gehend, zu verkaufen. Sof. Dampfing, Rohruerwießen bei Lohne.

Vindu-Alleebäume, Obstbäume in Hochstamm, Palstamm, Buschform, Obst- und Ziergehölze, Lebensbäume, Alpenrosen und sonstige Baumgärtnerartikel empfiehlt B. Niehaus, Neuenkirchen i. D., Ost- u. Gehölz-Baumgärtner.

Patentanwalt Dipl.-Ing. Hans Wolff, Bremen, Herdenortsteilweg 3.

Beraterüberungen, auch kleinen Bildern und Politiken werden auf das Gewissenhafteste und Beste ausgeführt zu angemessenen Preisen.

D. Kassens, Photograph, Vechta, Gr. Kirchstraße 10. Empfehlung

la Fischmehl ab Lager Falkenrotte.

D. Schröder, Vechta. Kaufe jeden Posten ausgekämmer Frauenhaare. Br. Schöne, Vechta.

Zu kaufen gesucht 100 000 Bohnen-Nüssen. Lieferung jed. Bahnstation. B. Reiter, Eifen i. D.

Ein gut erhaltenes Oberbett und Unterbett mit 2 Kissen zu verkaufen. Nachfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Schlosserlehrlinge für Fabrikarbeit Georg Hofes, Vechta, auf sofort gesucht. Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Wehla i. D.

Vorchers wafe Sonntag von 4 Uhr an Konzert. Zutritt frei.

Wir such, verlässl. Häuser an beliebigen Plätzen, mit und ohne Geschäft, bequies Unterbrechung an vorgemerkte Käufer. Verkauf durch uns kostenlos. Nur Angebote u. Selbstgeleitimmern erwünscht an den Verlag der Berniet u. Verlagszentrale Köln a/Rh., Frieleplatz 16.

Hatte mich bestens empfohlen zur Befestigung von Widern. Das Einrahmen wird in meiner Werkstatt prompt u. billigst erledigt.

Herm. Baro, Vechta, Falkenrotterstr.

Vechta Minister-4 Reparaturwerkstatt für Fahrräder aller Art.

Knochenmehl empfiehlt D. Schröder, Vechta. Einmal Geld gesunden. Näheres Vechta, Klimgenogenerstr. 17.

Holz-Verkauf.

Donnerstag, den 2. Januar, vormittags 10 Uhr, sollen in Höhe bei Batum meistbietend mit Zahlungssicht verkauft werden:

- 20 Eichen, Bau- und Nutzholz, 35 Eichen, Nutzholz, 70 Nummern Eiern und Pappeln, für Holzschuhmacher, 100 Nummern dieses Eichen, Eiern- und Eichen-Brennholz. Versammlung beim Krughög.

Holz-Verkauf.

Im freiwilligen Auftrage des Herrn Zellens Wm. Hinners-Brägel verlaufe ich im sogenannten Etelbush am

- 2. Januar 1919, morgens 10 Uhr an, 150 meist schwere Fichten und Tannen, zu Balken, Sparren und Dielen passend, 20 Hausen Tannen, zu Latzen und Kistfängen. Käufer ladet freundlichst ein B. Zerhusen. Lohne i. D., im Dezember 1918.

Holz-Verkauf.

Am Freitag, 3. Jan., mittags 12 Uhr anfangend, läßt der Vollmeier W. Krüger zu Goldenstedt auf Hofmanns Hofe

- 70 Stämme teils sehr schwere Eichen, 3 Scheunen und 1 Speicher zum Abbruch öffentlich meistbietend mit Zahlungssicht verkaufen. Das Holz, das vom vorigen Verkauf noch da steht, wird verkauft. Goldenstedt. D. Scheele.

Besteher Druckerei u. Verlag, G. m. b. H., Wehla

Empfehlenswerte Schriften aus meinem Verlage: Odenb. Kriegs- u. Heimatbuch. Von Dr. A. Köhnen. 151 Seiten. Mit Illustrationen. 3. Auflage. Fernschiff Nr. 1 M.

Dreizehn Sagen aus der Gemeinde Bisthof. Von Edwin Heintz. 2. Auflage der „Zehn Sagen aus der Gem. Bisthof.“ Preis 40 Pfg. ohne Porto.

Verlag: Der Pfleger - Der Schatz - Wälscher Brand und Bräutigam - Von den Dänen - Das Hengereicht - Der rufende Herz - Der große Mann - Das zweite Gesicht - Die Rode - Der Weidwänger - Der Totenreiter - Die frommen Bienen - De Wimmerleben.

Vater unser. Zeitgeschichte von H. Hebering. 16 Seiten. Oktavformat. Preis 50 Pfg.

Der Dichter hat in dieser Schöpfung in sprachlich vollendetster Form ein Werk geschaffen, das jedes Gemüt erheben und beklären muß. In zwölf Gedichten behandelt er die Zeitereignisse in der Höhe der göttlichen Wahrheiten. Während, jedenfalls spricht der Dichter von Anfang bis zu Ende zu dem unter der Last unserer Tage gebeugten Menschen.

Die Kräfte unserer Zeit. Allegorische Dichtung von H. Hebering. 16 Seiten. Oktavformat. Preis 50 Pfg.

Was Allegorien, die freilich gerade für den Dichter immer nur dürftige Anknüpfungen bleiben, Reiches zu leisten vermögen, leistet der in dem zweiten Heft dargestellte Kräftebund von Religion, Sozialismus, Wissenschaft, Sitten, Eifer, Pflicht, Fleiß und Technik in monologischen Phantasien gegenüber dem Dichter, dem Einzelnen und dem deutschen Genie. Die diegenen Bildung, geistliche Erlossen des Kennzeichnenden, reines, klugliche Aimen bezwungen des Formgefühls halten in einem oft reizenden Schiller jene geistigen u. ästhetischen Vorlesungen.

Niederborn für das Winterland. Herausgegeben von Joh. Winter. 2. Auflage. 161 Worts, Vaterlands, März, und Sommerlieder. Preis 80 Pfg. Fernschiff Nr. 10 Pfg.

Sämtliche Drucksachen werden schnellstens angefertigt in der Buchdruckerei der Odenb. Volkshilfe, Wehla.